

Liste Fritz. Tirol

Pressespiegel

KW 26

23.06. bis 29.06.2025

Details rund um 187.000 Euro Bürgermeisterkette

29. Juni 2025, 08:58 Uhr



Redaktion

Georg Herrmann

[zu Favoriten](#) 

6

Bilder

Landeshauptmann Anton Mattle hängt Johannes Anzengruber die Bürgermeisterkette um.
[org Herrmann](#)

Foto: Erich Staudinger

hochgeladen von Ge-

Details rund um die Bürgermeisterkette, die einen 186.910 Euro hat, stehen im Mittelpunkt einer Anfragebeantwortung im Gemeinderat. Die Bürgermeisterkette wurde aus 18-karätigen Gold gefertigt und wiegt knapp 800 Gramm. In der Beantwortung wird auch die mediale Berichterstattung kritisiert. Ein besonderes Gemälde der Kette mit einem Bürgermeister wird vom Stadtarchiv gesucht.

INNSBRUCK. Anfragen im Gemeinderat stellen vor allem für die Opposition eine Möglichkeit der Informationsbeschaffung und Transparenz dar. Die Beantwortung der jeweiligen Ressortverantwortlichen gibt Einblicke auf den aktuellen Zustand oder Verlauf von Projekten und Vorhaben. So wollte GR Julia Zanon von der Liste Fritz Informationen über die Bürgermeisterkette der Stadt Innsbruck. Dabei wird in der Anfragebeantwortung auch Kritik an der medialen Berichterstattung geübt: "..., da das aufgrund der zuletzt gemachten Erfahrungen, dass die Anfragebeantwortungen von einzelnen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten 1:1 an die Medien geschickt und veröffentlicht wurden, ...". Anfragebeantwortungen sind im übrigen Bestandteil der Gemeinderatsprotokolle und können online abgerufen werden.

Toplinks

BEZAHLTE ANZEIGE



KREATIVE REZEPTIDEEN

Egal ob Desserts, Salate oder doch eher deftiges – die „Qualität Tirol“ Rezeptvielfalt ist groß. [Mehr dazu...](#)



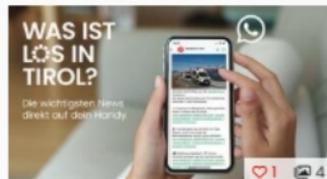
TRAUMJOB GESUCHT?

In unserem regionalen Stellenmarkt findest du Jobangebote aus deiner Region. [Sofort reinschauen!](#)



ALLE MAGAZINE ONLINE

Alle Magazine der Bezirksblätter, wie die Joga in Tirol Region Tirol oder TRÄUDICH auch online lesen!





Angelobung von Bgm. Johannes Anzengruber durch LH Anton Mattle. Foto: Erich Staudinger
hochgeladen von **Georg Herrmann**

Zur Bürgermeisterkette

Die Anfertigung der Innsbrucker Bürgermeisterkette wurde als Ehrengeschenk zum 60. Geburtstag des Innsbrucker Bürgermeisters Wilhelm Greil von Bürgern und Ehrenbürgern der Stadt Innsbruck in Auftrag gegeben. Der Entwurf stammt von Hermann Kirchmayr. Kirchmayr war Professor an der Staatsgewerbeschule Innsbruck (Hochbau und Elektrotechnik). Sein besonderes Interesse galt dem modernen Kunstgewerbe, für das er viele Entwürfe schuf. Die aufwendigen Goldschmiedearbeiten übernahm die Goldschmiedewerkstatt Norz. Die Bürgermeisterkette wurde aus 18-karätigen Gold gefertigt und wiegt knapp 800 Gramm.

Die Innsbrucker Nachrichten vom 27. Mai 1910 berichteten über die Gemeinderatssitzung vom 25. Mai 1910, in der über die Verwendung dieses wertvollen Geschenks folgender Beschluss gefasst wurde: „Der erste Vizebürgermeister Dr. Wenin als Vorsitzender eröffnete um 11¼ Uhr die Sitzung, zu der sämtliche Gemeinderäte (mit Ausnahme der erkrankten und verreisten) erschienen waren, und erteilte dem Obmanne der Dienstes- und Rechtssektion Dr. Anton Winkler das Wort zu folgendem Antrage: Der Gemeinderat wolle beschließen: 1. Die von den Bürgern Innsbrucks anlässlich der Feier des 60. Geburtstages unseres Bürgermeisters Wilhelm Greil gewidmete goldene Kette wird nach ihrer Fertigstellung in das Eigentum der Stadt übernommen. 2. Diese Kette soll für immerwährende Zeiten vom jeweiligen Bürgermeister oder seinem gesetzlichen Stellvertreter bei geeigneten Anlässen als Abzeichen ihrer Würde getragen werden. 3. Allen Mitbürgern, die sich um das Zustandekommen dieser Widmung verdient gemacht haben, wird der wärmste Dank ausgesprochen. Dieser Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.“

Service

Die Nachrichten des Tages im WhatsApp Kanal "MeinBezirk Tirol"

MeinBezirk Tirol ist auf WhatsApp! Abonniere unseren Kanal MeinBezirk Tirol und erhalte die News aus deiner Region direkt aufs Handy. TIROL. Ab.

Innsbruck

Montag 30.06, 07:44



18°

gefühl 18°

0 mm/h

2 km/h

[Zum Wetter](#)

Aktuelle Themen

- Polizeimeldung
- Kindergarten
- Innsbruck
- Klettern
- Gemeinderat
- Kinder
- Sport
- wien
- Johannes Anzengruber
- Kletterzentrum Innsbruck
- Klettersport
- IFSC Climbing World Cup



Aktientipp des Tages

Wall St. Picks



Kein Witz! Ist dieser Trend besser als Botox? 1...

femme-divine.de



Der beste BH für

flache Brüste, der

Anfrage

„Offensichtlich bewahrt der Innsbrucker Bürgermeister die wertvolle Bürgermeisterkette nicht in einem Safe auf. Wie auf der Instagram Seite „anzengruberrunterwegs“ ersichtlich, möchte der Bürgermeister seine Goldkette offen in seinem Büro präsentieren. Zwar hinter Glas aufbewahrt stellen sich trotzdem einige Fragen zur Sicherheit des wertvollen Stücks. Schließlich ist die Bürgermeisterkette aus 18-karätigem Gold gefertigt und wiegt knapp 800 Gramm“, leitet GR Julia Zanon ihre Anfragen ein. In der Beantwortung wird der Wert der Bürgermeisterkette laut Schätzgutachten vom Juli 2024 mit 186.910 Euro angegeben. Die Kette wird sichtbar in einer Glasvitrine aufbewahrt, die den hohen von der Versicherung geforderten Sicherheitskriterien entspricht. Früher war die Kette im Safe der Mag.-Abt. IV, Stadtkasse, und somit bei Ehrungen und Anlässen außerhalb der Geschäftszeiten nicht zugänglich.“



Bürgermeister Johannes Anzengruber mit Bürgermeisterkette mit Bataillonskommandant Mjr. Helmut Paolazzi Foto: Erich Staudinger hochgeladen von **Georg Herrmann**

„Mit der jetzt vorhandenen Sicherheitsvitrine ist gewährleistet, dass die Bürgermeisterkette bis kurz vor einem Anlass sicher verwahrt und bei allen dafür vorgesehenen Terminen getragen wird. Das war vorher leider nicht möglich.“

Innsbruck

Anfragebeantwortungen

2 Details rund um 187.000 Euro Bürgermeisterkette

Bevölkerung half bei Gestal...

3 Neuer Beselepark ist eröffnet

ESC 2026 Motto "United By...

4 Innsbruck sieht sich als ESC-Stadt mit Alpenpanorama

Innsbruck

5 Fahrzeugbrand auf der Hungerburg, tödlicher Verkehrsunfall

Kindergarten Daniel Sailer

6 Neues Bildungsangebot im Saggen

Das Büro des Bürgermeisters und somit auch die Sicherheitsvitrine ist an allen möglichen Zugängen zumindest durch zwei Türen gesichert. Die Zutrittsberechtigungen zu diesem Büro sind streng reglementiert. Die Glasvitrine selbst besteht aus Sicherheitsglas, verfügt über eine eigenen Schließmechanismus und ist von einem Experten eingebaut worden. Laut der Mitteilung des Büros von Herrn Bürgermeister vom 18.12.2024 betreffend den Abschluss der Versicherung handelt es sich um eine Vitrine aus Sicherheitsglas, welche fix in die Möbeleinheit im Büro des Bürgermeisters eingebaut ist.

Auf eine genaue Spezifikation wird hier verzichtet, da das aufgrund der zuletzt gemachten Erfahrungen, dass die Anfragebeantwortungen von einzelnen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten 1:1 an die Medien geschickt und veröffentlicht wurden, ein unnötiges Sicherheitsrisiko darstellt. Es wird versucht, derartige Sicherheitsrisiken nach Möglichkeit von der Stadt Innsbruck abzuwehren.

f X @ AUSGABE MAI 2024 | WWW.IBKINFO.AT

**INNS'
BRUCK**

Innsbruck informiert



Neuanfang nach den Wahlen

Lebensraum
**Ergebnis der
Innsbruck Wahlen**
Seite 6

Lebensraum
**Cooler Sache
mit COOLYMP**
Seite 8

Lebensraum
**20 Jahre
Innsbruck liest**
Seite 10

Die Bürgermeisterkette ist mit einer Wertgegenständeversicherung bei der Douglas Machat & Cie. Die versicherten Gegenstände sind grundsätzlich gegen Zerstörung, Beschädigung und Diebstahl, Verlust oder Abhandenkommen durch Ursachen aller Art versichert (Allgefahrenversicherung). Die Polizza wurde nach Bekanntgabe der konkreten Aufbewahrungsart von der Versicherung gezeichnet und die Bruttoversicherungsprämie beträgt für 2025 726,15 Euro. Die "Spezialanfertigung" der Vitrine hat laut Marktrecherche mit Kosten von 10.550 Euro nicht mehr als ein Safe dieser Sicherheitsklasse gekostet. Der Vorteil besteht darin, dass die Bürgermeisterkette bei Amtsanlässen getragen werden kann.



Fehlendes Bürgermeisterbild: Im Depot der Stadt Innsbruck fehlt das Gemälde von Egon Denz, dem Oberbürgermeister der Stadt Innsbruck 1938 bis 1945. Es existieren zwei Aufnahmen des Fotografen Heinrich Jakoby, die als Vorlage für so ein Bild gedient haben könnten. Die Bürgermeisterkette ist auf beiden zu sehen. Die Hoffnung, das Denz-Bild noch zu finden, sind gering. Wer Informationen zum Gemälde haben sollte, wendet sich bitte an das Stadtarchiv. Foto: Stadtarchiv/Jakoby hochgeladen von [Georg Herrmann](#)

Knappe "Ja" zum geplanten Großhotel in Going

zuletzt aktualisiert am 29. Juni 2025, 14:22 Uhr veröffentlicht am 29. Juni 2025, 13:56 Uhr



Am 29. Juni schritten die Goingerinnen und Goinger zur Wahlurne und stimmten über die mögliche Zukunft des Hotelprojekts ab. Foto: Kogler hochgeladen von Klaus Kogler

Volksbefragung zum geplanten Großhotel in Going fand am 29. Juni statt; 924 Befragungsteilnehmer schritten zur Wahlurne; 50,49 Prozent stimmten für das Großprojekt.

GOING. Die Bergbahnen Wilder Kaiser planen die Errichtung eines Hotels an der Talstation der Astbergbahn in Going. Dafür wäre es nötig, eine landwirtschaftliche Vorbehaltsfläche umzuwidmen. Im Ort formierte sich breiter Widerstand gegen das Projekt, während sich der Bürgermeister Alexander Hochfilzer und der Tourismusverband für das Projekt aussprachen (MeinBezirk berichtete mehrfach).

Gang zur Wahlurne am 29. Juni

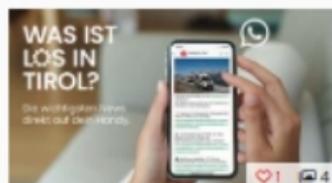
Heute, am 29. Juni, schritten die Goingerinnen und Goinger von 7 bis 13 Uhr zur Wahlurne und stimmten über die mögliche Zukunft des Projekts ab. Die Frage lautete: "Sollte die Gemeinde zur Förderung des wirtschaftlichen Fortbestandes der Bergbahnen in Going die raumordnungsrechtlichen Voraussetzungen für die Genehmigung der Errichtung einer Hotelanlage in unmittelbarer Nähe der Astbergbahn-Talstation auf einer landwirtschaftlichen Vorsorgefläche schaffen?"

Knappe Ergebnis

Bei der Volksbefragung gaben insgesamt 924 Personen (Beteiligung: 54,5 Prozent, Anm.) ihre Stimme ab, davon war eine Stimme ungültig. Somit gab es 466 Ja-Stimmen (50,49 Prozent) und 457 Personen (49,51 Prozent) stimmten gegen das geplante Großhotel. Das Ergebnis der Volksbefragung soll einen Überblick über die Meinung aus der Bevölkerung bringen und muss anschließend im Gemeinderat behandelt werden, ist jedoch nicht bindend. Bürgermeister Alexander Hochfilzer kündigte jedoch bereits im Vorfeld an, dass für ihn das Ergebnis der Volksbefragung bindend sei.



Toplinks



Service

Relativ hohe Beteiligung"

Hochfilzer betonte auf Anfrage der MeinBezirk-Redaktion, dass er froh sei, dass die Volksbefragung nun vorbei ist: „Ich bin in erster Linie jetzt einmal froh, dass die Volksbefragung hinter uns liegt und ein entsprechendes Votum vorliegt. Die letzten Tage und Wochen waren doch sehr intensiv und sehr stark von der Hotel-Thematik geprägt. Die Beteiligung an der Befragung war mit 54,5 Prozent relativ hoch. Das zeigt wiederum, dass sich die Goingerinnen und Goinger recht intensiv mit der Fragestellung auseinandergesetzt haben. Wir werden uns in den nächsten Tagen mit dem Ergebnis der Befragung auseinandersetzen und gemeinsam mit den Beteiligten die weitere Vorgehensweise definieren“.



„Die letzten Tage und Wochen waren doch sehr intensiv und sehr stark von der Hotel-Thematik geprägt“, sagt Bürgermeister Alexander Hochfilzer. Foto: Archiv/Johanna Bambergar hochgeladen von [Johanna Bambergar](#)

„Weg frei für positive Entwicklung“

Das Team „Zukunft Astberg“ freute sich über den Ausgang der Volksbefragung: „Unsere Freude über das positive Ergebnis ist riesengroß. Auch wenn das Ergebnis denkbar knapp ausgefallen ist, zeigt es, dass es auch in emotional aufgeladenen Zeiten möglich ist, mit Argumenten und Fakten zu überzeugen. Damit ist der Weg wieder frei für eine weitere positive Entwicklung Goings.“

Die Nachrichten des Tages im WhatsApp Kanal "MeinBezirk Tirol"

MeinBezirk Tirol ist auf WhatsApp! Abonniere unseren Kanal MeinBezirk Tirol und erhalte die News aus deiner Region direkt aufs Handy. TIROL. Ab...

Kitzbühel

Montag 30.06, 07:40



16°

geföhlt 18°
0 mm/h
7 km/h

[Zum Wetter](#)

Aktuelle Themen

- | | |
|-----------------|------------------|
| Kirchberg i. T. | Fussball Tirol |
| Westendorf | Polizeimeldung |
| Brixental | St. Johann i. T. |
| Kitzbühel | Polizei |
| Bildergalerie | Fest |
| Jubiläum | Fußball |



Meistgelesene Beiträge

- 1 [Benzin- & Dieselpreise](#)
Das sind aktuell die günstigsten Tankstellen in Kitzbühel
- 2 [Stadtfeuerwehr Kitzbühel](#)
39 Einsätze nach Unwetter abgearbeitet

"Beginn einer kritischen Begleitung"

Die Bürgerinitiative "Stimme für Going" sieht die knappe Mehrheit als Warnsignal, und nicht als Rückendeckung: "Mit nur neun Stimmen Unterschied wurde über die Umwidmung der landwirtschaftlichen Vorsorgefläche am Astberg abgestimmt. Für uns ist dieses Ergebnis alles andere als ein klarer Auftrag für das Großprojekt", so der Sprecher Günther Hartl. "Fast die Hälfte der Bevölkerung lehnt dieses Projekt ab, fast ebenso viele blieben der Wahl fern und viele, die mit 'Ja' gestimmt haben, haben das wohl im Zweifel getan", so Hartl weiter. „Denn bis heute wurde nicht offen kommuniziert, was überhaupt gebaut werden soll. Baudetails, Verkehrsaufkommen, Astberglift - all das blieb bewusst im Vagen.“

Die Bürgerinitiative kritisiert, dass mit "Nebelbildern statt ehrlicher Aufklärung" gearbeitet wurde. Die Initiative kündigt daher an, das Projekt und seine Umsetzung mit aller Wachsamkeit zu begleiten. "Diese Abstimmung ist kein Schlusspunkt, sondern der Beginn einer kritischen Begleitung" so der Sprecher der Bürgerinitiative abschließend.

Liste Fritz: "Unfinanzierbarkeit ist ein Märchen"

"Going hat mit 2.225 Gästebetten im Winter und 2.311 Gästebetten im Sommer nicht zu wenige Betten, sondern mit rund 48 Prozent zu wenig Auslastung. Eine neue Bettenburg ist daher absolut keine Garantie, dass der Astberglift in Going künftig besser ausgelastet ist", sieht Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint keine Notwendigkeit für das geplante Großhotel.

Sint weiter: "Bei den Bergbahnen Wilder Kaiser, zu der die Astbergbahn in Going gehört, handelt es sich nicht um eine arme Kirchenmaus. Im Gegenteil, laut letzter im Firmenbuch hinterlegter Bilanz aus dem Jahr 2023 ist der Umsatz in den vergangenen Jahren kontinuierlich auf rund 15 Millionen gestiegen. Der letzte Bilanzgewinn war mit 7,2 Millionen Euro sehr groß, abzüglich Gewinnvortrag ist ein Jahresüberschuss von 4,3 Millionen Euro verblieben. Angesichts so vieler Millionen auf der hohen Kante ist die Geschichte von der Unfinanzierbarkeit der Astbergbahn ein Märchen."

5 Auto landet nach Überholmanöver im Straßengraben

Ausstellung, Bahn-Jubiläum, ...

6 "Chapeau Gisela" heißt es in Hochfilzen



Lifte-Streit kostete 350.000 Euro

Dass der Deal der öffentlichen Hand mit der Schultz Gruppe um die Kaiser Lifte geheim bleibt, sei inakzeptabel, kritisiert Liste Fritz.

Von Max Strozzi

Kais – Wie viel Geld bekommt die Osttirol Investment GmbH (OIG) – sie gehört der Felbertauernstraße-Aktiengesellschaft sowie dem Land Tirol – von der Schultz Gruppe für die OIG-Anteile an den Kaiser Liften in Osttirol? Wie berichtet, wurde im jahrelangen Streit um die Abtretung von Bergbahn-Anteilen der öffentlichen Hand an die Schultz Gruppe zuletzt eine Einigung verkündet. Wie viel Schultz tatsächlich zahlen muss, blieb aber im Dunkeln.

Auch Wirtschaftslandesrat Mario Gerber (ÖVP) will auf eine aktuelle Landtagsanfrage von Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint dazu keine Auskunft geben. Es sei Vertraulichkeit vereinbart worden, richtet Gerber dem Oppositionspolitiker aus.

Rückblick: 2008 hatte sich die OIG mit knapp 6 Mio. Euro an den Kaiser Liften beteiligt. 2018 trat die OIG ihren 25-prozentigen Lifte-Anteil an die Schultz Gruppe ab, ohne dass im Gegenzug Geld fließen musste. Nach öffentlichem Druck zog die OIG vor knapp drei Jahren vor Gericht, um die Gelder für den Lifte-Anteil von der Schultz Gruppe einzufordern – es ging laut Schiedsgutachten um bis zu 5,7 Mio. Euro.

Dass nun auch Wirtschafts-LR Mario Gerber (ÖVP) weder Summe noch Zahlungsmodalitäten nennt, sei inakzeptabel, meint Sint. „Es geht um bis zu 5,7 Millionen Euro Steuergeld. Es ist das Recht der Tiroler zu wissen, wie die Landesregierung in ihren Gesellschaften mit dem Geld der Steuerzahler umgeht und wie viel der Schultz-Konzern zahlen muss“, kritisiert Sint. Die OIG stehe schließlich zu 100% im Eigentum der öffentlichen Hand (75% Felbertauernstraße AG, 25% Land Tirol). „Das Beharren auf Verschwiegenheit und Geheimhaltung lässt mutmaßen, dass der Schultz-Konzern wenig zurückzahlen muss“, befürchtet Sint, der auf seine bereits 9. Landtagsanfrage in dieser Causa verweist.

Fest steht, wie viel der Streit um den Abtretungspreis die öffentliche Hand gekostet hat. Wie aus Gerbers Anfragebeantwortung hervorgeht, verursachten Gutachten, Klagseinbringung, Rechtsanwalt und Wirtschaftstreuhandler von Juli 2018 bis Mai 2025 Kosten von 350.170 Euro für die OIG. Sint: „Für OIG und Steuerzahler entstanden Kosten von mehr als 350.000 Euro und es kam wohl ein viel niedrigerer Abtretungspreis heraus als die im Schiedsgutachten festgeschriebenen 5,7 Millionen Euro.“



Wie viel die Schultz Gruppe der Osttirol Invest für den OIG-Anteil an den Kaiser Liften zahlen soll, bleibt unklar.

Foto: TT/Oblasser

Keine Zeit zum Durchschnaufen

Luftgütebericht 2024: Erstmals seit Beginn der Überwachung in Tirol hielten alle Messstellen die IG-L-Grenzwerte für Stickstoffdioxid auch ohne Toleranzschwelle ein. Dennoch ist der Fahrverbotskatalog bis 2030 wohl zu verschärfen.

Von Manfred Mitterwachser

Innsbruck – Über Jahrzehnte stand die Luftgüte-Messstelle unmittelbar neben der Inntalautobahn bei Vomp sinnbildlich für den „Umweltständer“ Verkehr. Weil genau hier die EU- und Österreich-gültigen Grenzwerte für Stickstoffdioxid (NO₂) stets am deutlichsten überschritten wurden. In Betrieb genommen wurde die Anlage Vomp im Jahr 1998, tirolweit wird NO₂ seit 1982 gemessen. 2024 geht nunmehr in die Tiroler Umweltschutz- und Verkehrsgeschichte als Jahr eins ein – das Jahr, in welchem auch Vomp erstmals keine NO₂-Grenzwertüberschreitung im Jahresmittelwert messen konnte.

Erlaubt wäre nach dem Immissionschutzgesetz-Luft im Jahresdurchschnitt ein Wert von 30 Mikrogramm pro Kubikmeter, mit Einrechnung einer Toleranzschwelle sogar 35. Vomp lag 2024 bei 29. Und das, obwohl im langjährigsten Vergleich das Verkehrsaufkommen (Pkw- und Lkw-Bericht) im Inntal und der Brennerautobahn massiv gegeben ist. Noch im Jahr 2019 überschritten sieben Messstellen den 30er-Grenzwert.



Kompliziert, aber effektiv: Der Tiroler „Netzwert-Maßnahmenkatalog“ speziell im Lkw-Bereich ist über die Jahre sukzessive verschärft worden. www.tirol.gv.at

Die Geschichte dieses Erfolgs ist eine von Lkw-Fahrverboten (Nacht, Euroklassen, Sektorales), Pkw-Technologien (100 km/h) und technologischem Fortschritt (Motorenentwicklung). Dabei heißt

es im Bericht aber auch klar, dass erst eine dauerhafte Grenzwerteinhaltung Tirol Sichertheit geben könnte. Für Verkehrs- und Umweltsenatsrat René Zumtobel (SP) ist klar: „Der Bericht belegt ein-

mal mehr die Erforderlichkeit dieser Maßnahmen, um die Grenzwerte auch langfristig einhalten zu können.“ Mehr noch: Die EU hat ihre Luftqualitäts-Richtlinie 2024 verschärft. Statt 40 Mikrogramm

Stickstoffdioxid pro Kubikmeter sind ab 2030 nur noch 20 Mikrogramm im Jahresmittel zulässig. Damit sinken die IG-L-Vorgaben auch unter den derzeit noch strengeren Österreich-Jahresmittelgrenz-

wert. Laut Luftgütebericht überschreiten aktuell noch sechs von 14 Messstellen die neuen EU-Vorgaben. Zumtobel: „Da haben wir noch einiges zu tun.“

IG-L-Strafgelder sinken wieder

Euro heißt es im Bericht, dass der aktuelle Verbotskatalog im (Schwer-)Verkehr „vorerst unverzichtbar“ sei. Auch weitere Maßnahmenverschärfungen können aktuell nicht ausgeschlossen werden, um die für 2030 verbindlichen Grenzwerte einhalten zu können.“

Das ist auch als klare Botschaft an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu verstehen: Dort kämpfen Österreich und Tirol wohl ab Herbst gegen Italien und die EU-Kommission. Wie berichtet, will Verkehrsminister Matteo Salvini auf diesem Weg Tirols „Notwehrmaßnahmen“ den Zahn ziehen.

Die Strafen für IG-L-Verstöße gehen indes zurück, wie eine Anfragebeantwortung an die Liste Fritz zeigt. Von den 2024 eingehobenen 5,6 Mio. € entfallen rund 718.000 € auf Frontränder, 4,9 Mio. € auf Lkw-Übertritten sowie mobile Temporkontrollen.

Stickstoffdioxid-Jahresmittelwerte 2024



--- Grenzwert zum Schutz der menschlichen Gesundheit nach IG-L
 ... Grenzwert + zusätzliche Toleranzmenge zum Schutz der menschlichen Gesundheit nach IG-L
 ... Bis zum 1.1.2030 zu erreichender Grenzwert nach neuer EU-Luftqualitäts-Richtlinie

Jahr	IG-L: Strafgelder gesamt
2014	2.211.156,71 €
2015	4.964.432,94 €
2016	6.284.604,44 €
2017	5.662.886,59 €
2018	6.095.473,05 €
2019	6.429.847,25 €
2020	6.080.110,41 €
2021	6.330.989,03 €
2022	7.256.726,71 €
2023	6.765.124,84 €
2024	5.635.357,54 €



„Mit Blick auf die Umsetzung der EU-Luftqualitätsrichtlinie haben wir noch einiges zu tun.“

René Zumtobel (Verkehrs- und Umweltsenatsrat, SPÖ)

Weidezonen statt Wölfe

Wölfe entnehmen, wenn sie Nutztiere auf Tirols Almen gefährden und bedrohen, das fordern FPÖ, Liste Fritz und die NEOS und bringen als Opposition im Tiroler Landtag einen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag im Juli-Landtag zur Änderung des Tiroler Almschutzgesetzes ein, wie am 26. Juni 2025 bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mitgeteilt wurde.

Angesichts der drastisch zunehmenden Wolfsrisse auf Tirols Almen fordern FPÖ, Liste Fritz und NEOS eine sofortige Änderung des Tiroler Almschutzgesetzes. Ziel ist es, Nutztiere auf Tirols Almen zu schützen. Mittels Gesetzesänderung wollen die Oppositionsparteien rechtlich sicherstellen, dass Wölfe entnommen werden können, wenn sie eine Gefahr oder Bedrohung für Nutztiere sind. Als Vorbild gilt das entsprechende Gesetz in Kärnten.

„Die Lage auf den Tiroler Almen hat sich mit Beginn der diesjährigen Almsaison zugespitzt: Innerhalb von nur 19 Tagen wurden 114 Risse an Nutztieren dokumentiert. Ärger, Frust und Wut bei den Schafbauern wachsen und viele sehen sich trotz gesetzlicher Regelungen weitgehend schutzlos ausgeliefert. Denn der Abschuss von Risiko- und Schädwölfen via Tiroler Jagdgesetz ist kompliziert und das Almschutzgesetz verweist lediglich auf Maßnahmen des Herdenschutzes, etwa mit Zäunen oder Herdenschutzhunden. Die Landesregierung hat festgestellt, dass keine der rund 2.100 Tiroler Almen für Herdenschutz geeignet ist“, heißt es in einer gemeinsamen Presseerklärung.

KÄRNTEN ALS VORBILD: RECHTSSICHERHEIT FÜR JAGDAUSÜBUNGSBERECHTIGTE UND SCHUTZ FÜR BAUERN

Das Kärntner Alm- und Weideschutzgesetz erlaubt bereits seit 2024 die gezielte Tötung von Wölfen durch befugtes Jagdpersonal, wenn das Leben und die Gesundheit von Nutztieren konkret gefährdet oder unmittelbar bedroht sind. Dieses Modell bietet Rechtssicherheit und hat sich in der Praxis bewährt.

GEMEINSAMER VORSTOSS VON FPÖ, LISTE FRITZ, NEOS UND VEREIN WEIDEZONE TIROL

Für FPÖ-Klubobmann Markus Abwerzger zeigt sich aufgrund der dramatischen Vorgänge in den letzten Wochen, „dass sich die jahrelange Wolfsromantik der Tiroler ÖVP nun als Damoklesschwert für die heimische Almwirtschaft herausgestellt hat. Die von der schwarz-roten Landesregierung geplante Novelle des Jagdgesetzes im Jahr 2026 kommt viel zu spät“, so Abwerzger, für den das jahrelange Zaudern der ÖVP fatale Folgen hat.

Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint nimmt die Hilferufe der Tiroler Bauern ernst und fordert zum schnellen Handeln auf. „Uns als Liste Fritz ist es wichtig, den Bauern zu helfen, die Almen zu schützen, Tierleid zu verhindern und den Tirolern wie Touristen ein Gefühl der Sicherheit zu geben. Wenn ein Raubtier wie der Wolf Nutztieren und Menschen gefährlich nahekommt, muss die Politik handeln. Wir laden ÖVP und SPÖ ein, diesen Weg der Vernunft und Sicherheit gemeinsam mit uns zu gehen.“

NEOS-Klubchefin Birgit Obermüller sieht ebenfalls dringenden Handlungsbedarf. „Die Almwirtschaft ist nicht nur für die Bauernschaft überlebenswichtig, sondern stiftet auch einen immensen Nutzen für den Tourismus und die heimische Wertschöpfung. Wer glaubt, dass sich Weidetiere, Menschen und Wölfe einen Lebensraum teilen können, ignoriert die Realität auf unseren Almen.“

Für Stefan Brugger, Obmann des Vereins Weidezone, muss das Massaker auf den Tiroler Almen, verursacht durch den Wolf, der im Blutrausch weit mehr Tiere tötet als er frisst, endlich aufhören: „Wir brauchen endlich Weidezonen, in denen unsere Tiere geschützt sind. Und dazu ist die Änderung des Tiroler Almschutzgesetzes unbedingt notwendig.“

Text: Mag. Andreas Madersbacher/Liste Fritz.Tirol



Fordern besseren Schutz vor Wölfen – v.l. NEOS Klubchefin Birgit Obermüller, Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint, FPÖ-Klubobmann Markus Abwerzger und Stefan Brugger, Obmann des Vereines Weidezone. Foto: NEOS

Wolfsrisse befeuern politischen Konflikt

Zunehmende Wolfsrisse heizen die politische Debatte in Tirol weiter an. Während die Opposition Tempo fordert, mahnt die Regierung zur Geduld.

Von Mersihia Kasupovic

Angesichts der zunehmenden Wolfsrisse auf Tirols Almen spitzt sich die Debatte zu. Erst vor wenigen Tagen schlug der Wolf in Osttirol zu – zum zweiten Mal binnen zwei Jahren auf der Kerschbaumeralm. Zurück bleiben 50 tote Schafe und ein Bauer, dem das Tierleid die Worte nimmt. Und mitten in diese aufwühlenden Eindrücke platzt ein politisches Ringen, das seit Jahren im Kreis läuft – und sich nun zuspitzt.

FPÖ, Liste Fritz und NEOS verlangen mit einem Dringlichkeitsantrag im Juli-Landtag eine sofortige Änderung des Tiro-

ler Almschutzgesetzes. Ihr Ziel: Wölfe sollen entnommen werden dürfen, sobald sie eine konkrete Bedrohung für Weidetiere darstellen. Das Vorbild dafür liefert das Kärntner Modell, wo seit diesem Jahr eine rechtssichere Regelung gilt.

Die Oppositionsparteien sehen Handlungsbedarf – nicht irgendetwann, sondern jetzt. Die Böden der Tiroler Almen sind bereits mit Blut getränkt, sagt FPÖ-Klubobmann Markus Abwetzger – und spricht von den Folgen „jahrelanger Wolfsromantik der Tiroler ÖVP“. Auch die Liste Fritz erhöht den Druck. Klubchef Markus Sint betont:



Erst vor wenigen Tagen schlug der Wolf auf der Kerschbaumeralm zu. Die Schafe wurden abgetrieben

KALSER

„Uns ist es wichtig, den Bauern zu helfen, Tierleid zu verhindern und den Tirolern wie Touristen ein Gefühl der Sicherheit zu geben.“ Und NEOS-Klubobfrau Birgit Obermüller warnt vor wirtschaftlichen Schäden für Bauern und Tourismus. Unterstützung kommt auch vom Verein „Weidezone Tirol“, der von einem „Massaker auf unseren Almen“ spricht.

Der Tiroler Bauernbunddirektor Peter Raggl reagiert mit spitzer Feder. „Es ist erfreulich, wenn die Opposition nun endlich erkennt, dass der Schutz der heimischen Alm- und Weidewirtschaft kein Nebenschauplatz

ist“, kommentiert er. „Die Forderung ist richtig – kommt aber um Jahre zu spät.“ Bereits vergangene Woche, so Raggl, habe die Landesregierung angekündigt, das Kärntner Modell nach Tirol zu übertragen.

Der Bauernbund habe das Thema seit Jahren forciert, etwa mit Studien, einer Großdemo 2021 oder politischen Vorstößen auf EU-Ebene. Raggl: „Der Bauernbund war am Thema dran, ist dran und bleibt dran.“

Was beide Seiten eint, ist das Ziel, den Schutz der Almen sicherzustellen. Während die Opposition aber Tempo macht, mahnt Peter Raggl zur Geduld.

Auch wenn der Landtag im Juli beschließt, kann das neue Gesetz frühestens acht Wochen später in Kraft treten. „Wir haben aber bereits jetzt einen

funktionierenden Entnahmekonzept“, so Raggl – gemeint sind Abschussverordnungen, die kurzfristig erlassen werden können.

ANZEIGE

ALLES SPIEL.

So lautet unser Motto ab sofort winter. Und das



Die Großdemo 2021 Foto: Zeitungsfoto.at hochgeladen von [Michael Kendlbacher](#)

„Man darf unseren Bauern keinen Sand in die Augen streuen – auch wenn der Landtag im Juli einen entsprechenden Gesetzesbeschluss fasst, kann das Gesetz nach den Vorgaben der Tiroler Landesordnung und des Bundesverfassungsgesetzes frühestens acht Wochen nach der Beschlussfassung kundgemacht und damit in Kraft treten. Wir haben aber bereits jetzt einen funktionierenden Entnahmemechanismus – Abschussverordnungen können innerhalb kürzester Zeit erlassen werden. Der Wolf ist jedoch ein äußerst scheues und intelligentes Tier, seine Bejagung bleibt schwierig – deshalb zählt jeder Tag.“

Regierung setzt auf Rechtssicherheit, Opposition Dringlichkeitsantrag

26. Juni 2025, 13:14 Uhr



Redaktion
Georg Herrmann
[zu Favoriten](#)



Der Wolf ist einmal mehr Thema im Tiroler Landtag. Foto: Symbolfoto: OeTV hochgeladen von

Das Thema Wolf spielt in der kommenden Landtagssitzung eine dominante Rolle. Die Oppositionsparteien FPÖ, Liste Fritz, und NEOS verlangen mit einem Dringlichkeitsantrag eine Änderung des Tiroler Almschutzgesetzes. Die Regierung will Rechtssicherheit und setzt auf Novellen bis zum Almsommer 2026. Gleichzeitig fordert sie einen Schulterschluss: „Beim Thema Wolf heißt es Tirol gegen NGOs“. Bauernbund: „Tiroler Weg ist auf Schiene“.

INNSBRUCK. Angesichts der zunehmenden Wolfsrisse auf Tirols Almen fordern FPÖ, Liste Fritz und NEOS in einem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag für den Juli-Landtag eine sofortige Änderung des Tiroler Almschutzgesetzes. Mittels Gesetzesänderung wollen die Oppositionsparteien rechtlich sicherstellen, dass Wölfe entnommen werden können, wenn sie eine Gefahr oder Bedrohung für Nutztiere sind. Als Vorbild gilt das entsprechende Gesetz in Kärnten. Die Lage auf den Tiroler Almen hat sich mit Beginn der diesjährigen Almsaison zugespitzt: Innerhalb von nur 19 Tagen wurden 114 Risse an Nutztieren dokumentiert. Der Abschuss von Risiko- und Schadwölfen via Tiroler Jagdgesetz sei kompliziert und das Almschutzgesetz verweist lediglich auf Maßnahmen des Herdenschutzes, etwa mit Zäunen oder Herdenschutzhunden, erklären die Oppositionsvertreter in einer gemeinsamen Pressekonferenz. Die Landesregierung hat festgestellt, dass keine der rund 2.100 Tiroler Almen für Herdenschutz geeignet ist.



Birgit Obermüller (NEOS), Markus Sint (Liste Fritz), Markus Abwertger (FPÖ) und Stefan Brugger,

Kärnten als Vorbild

Das Kärntner Alm- und Weideschutzgesetz erlaubt bereits seit 2024 die gezielte Tötung von Wölfen durch befugtes Jagdpersonal, wenn das Leben und die Gesundheit von Nutztieren konkret gefährdet oder unmittelbar bedroht sind. Dieses Modell bietet Rechtssicherheit und hat sich in der Praxis bewährt, betonen die Oppositionsvertreter. Der VGT (Verein gegen Tierfabriken) kritisiert hingegen Kärntens Landesrat Martin Gruber und wirft ihm vor, EU-Recht zu ignorieren. „Mit Verordnung statt mit Bescheiden wird die Wolfsausrottung betrieben, damit Umweltverbände nicht Gerichte zur unabhängigen Überprüfung anrufen können. Gesetzesbrecher Gruber hofft, dass seine eindeutig verfassungswidrige Verordnung nicht von Höchstgerichten geprüft werden kann, weil Wölfe als Sachen gelten und damit nicht rechtlich vertreten werden können“, erklären VGT-Vertreter, die für den 30.6. in Klagenfurt eine Protestkundgebung angekündigt haben.

Gemeinsames Vorgehen

FPÖ-Klubobmann Markus Abwerzger: „Die von der schwarz-roten Landesregierung geplante Novelle des Jagdgesetzes im Jahr 2026 kommt viel zu spät. Auch heuer sind die Böden der Tiroler Almen bereits mit Blut getränkt.“ Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint fordert zum schnellen Handeln auf. „Uns als Liste Fritz ist es wichtig, den Bauern zu helfen, die Almen zu schützen, Tierleid zu verhindern und den Tirolern wie Touristen ein Gefühl der Sicherheit zu geben. Wenn ein Raubtier wie der Wolf Nutztieren und Menschen gefährlich nahekommt, muss die Politik handeln.“ NEOS-Klubchefin Birgit Obermüller sieht ebenfalls dringenden Handlungsbedarf. „Die Almwirtschaft ist nicht nur für die Bauernschaft überlebenswichtig, sondern stiftet auch einen immensen Nutzen für den Tourismus und die heimische Wertschöpfung. Wer glaubt, dass sich Weidetiere, Menschen und Wölfe einen Lebensraum teilen können, ignoriert die Realität auf unseren Almen.“ Für Stefan Brugger, Obmann des Vereins Weidezone, muss das Massaker auf den Tiroler Almen, verursacht durch den Wolf, der im Blutrausch weit mehr Tiere tötet als er frisst, endlich aufhören: „Wir brauchen endlich Weidezonen, in denen unsere Tiere geschützt sind. Und dazu ist die Änderung des Tiroler Almschutzgesetzes unbedingt notwendig.“



Die Oppositionsparteien NEOS, Liste Fritz und FPÖ bringen einen Dringlichkeitsantrag im Landtag ein. Foto: Liste Fritz hochgeladen von [Georg Herrmann](#)

Almsommer 2026

LA Kirchmair appelliert an alle Tiroler Parteien, sich gegen das Anpatzen, Anschwärzen und Anzeigen zu stellen. „Insbesondere der Wiener Tierschutzverein versucht Landwirtschaft, Landesregierung und auch Beamte mit Anzeigen einzuschüchtern und unter Druck zu setzen“, ist Kirchmair überzeugt. Wegen der Entnahme von Wölfen per Verordnung wurden Landeshauptmann Anton Mattle, Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler und der ehemalige Landeshauptmannstellvertreter Georg Dornauer von der NGO angezeigt. Die Staatsanwaltschaft hat das Verfahren gegen die Regierungsspitze Anfang des Jahres eingestellt. Im vergangenen Jahr hat der Wiener Tierschutzverein einen Osttiroler Bauern wegen Verstoß gegen das Tierschutzgesetz angezeigt, weil er seine Schafe auf die Alm gebracht hat. Zuletzt erreichte die Anzeigewut des Wiener Tierschutzvereines eine neue Dimension: Gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BH Innsbruck wurde Anzeige wegen Verdacht auf Verstoß gegen das Tierschutzgesetz erhoben, weil diese den Auftrieb auf eine Alm nicht unterbunden hätten. Auch gegen die BH Lienz wird mittels einer Anzeige vorgegangen. „Tirol wird mit Argusaugen beobachten. Klar ist, dass die gesetzlichen Grundlagen gut vorbereitet sein müssen, damit solche Anzeigen und Einsprüche zu keinem Erfolg führen. NGOs werden jede Gelegenheit nützen, um gegen uns vorzugehen. Deshalb können wir uns keine Schnellschüsse erlauben, sondern müssen das europäische Recht ausreizen und der Bevölkerung rechtssichere Lösungen anbieten“, so LA Kirchmair.



LH Anton Mattle und LHStv. Josef Geisler wollen Rechtssicherheit. Foto: Land Tirol/Dominik hochgeladen von [Georg Herrmann](#)

Rechtssichere Lösung

Diesem Weg schließen sich auch andere Bundesländer an. Auch Vorarlberg, Salzburg und Oberösterreich haben angekündigt, ihre gesetzliche Grundlage nach der Rechtskraft des Schutzstatus novellieren zu wollen. Grundsätzlich sehen solche Novellen eine Begutachtungsfrist von rund acht Wochen vor, damit greifen rechtliche Lösungen auf Landesebene frühestens mit Ende der heurigen Almperiode im Herbst. Tirol und die anderen Bundesländer streben deshalb eine neue rechtssichere Lösung für den Almsommer 2026 an. Bis dahin hält Tirol an den Abschussverordnungen fest und will Risiko- und Schadwölfe rasch zur Entnahme freigeben. „Das Tiroler Modell ist klar auf unsere Gegebenheiten und alpine Lage ausgerichtet und hat sich bewährt. Es ist notwendig, dass sich jedes Bundesland seine Lösung für den Umgang mit Großraubtieren zimmert. Hier sind wir in engem Austausch, wollen in der Ausgestaltung aber die beste Lösung für Tirol erzielen“, so Kirchmair abschließend.

Rechtssicherheit

Die Regierung setzt beim Thema Wolf auf Rechtssicherheit. Erst vor kurzem hat die EU den Weg für die Senkung des Wolf-Schutzstatus freigegeben. 20 Tage nach der Kundmachung ist die Senkung des Wolf-Schutzstatus somit rechtskräftig. Damit greift die neue Bestimmung FFH-Richtlinie Mitte Juli, also nach der Sitzung des Tiroler Landtages. Dadurch erwartet sich VP Tirol Sprecher für den ländlichen Raum, Andreas Kirchmair, aber die Möglichkeit, das erfolgreiche Tiroler Wolfsmanagement abzusichern und weiterzuentwickeln.

„Tirol und die europäischen Regionen haben lange die Senkung des Schutzstatus des Wolfes gefordert und sind nun endlich einen wichtigen Schritt weitergekommen. Mitte Juli haben wir es schwarz auf weiß. Wir geben den Druck aber nicht nach. Ziel ist es, künftig ein Wolfsmanagement im Rahmen regulärer und unkomplizierter jagdlicher Maßnahmen umzusetzen. Die aktuelle Regelung der Europäischen Union und insbesondere die Auslegung durch den EuGH sieht vor, dass der günstige Erhaltungszustand auf nationaler und Bundesländer-Ebene vorliegt, wir fordern aber eine weitergehende Anpassung der FFH-Richtlinie, um den Erhaltungszustand überregional auf Populationsebene betrachten zu können“ so Kirchmair.

Insgesamt erließ die Tiroler Landesregierung seit 2023 37 Maßnahmenverordnungen, wodurch in Tirol acht Wölfe entnommen werden konnten. Die Entwicklung der Risszahlen deutet auf die Wirksamkeit des zunehmenden Jagddruckes durch das Tiroler Wolfsmanagement hin. Aktuell gelten vier Abschussverordnungen in Tirol.



Tiroler Weg ist auf Schiene

„Es ist erfreulich, wenn die Opposition (mit Ausnahme der Grünen) nun endlich erkennt, dass der Schutz der heimischen Alm- und Weidewirtschaft kein Nebenschauplatz, sondern ein zentrales Anliegen in der Agrarpolitik ist“, kommentiert Bauernbunddirektor Peter Raggl die Vorstöße der Opposition in Sachen Wolfsregulierung. „Die Forderung, den Wolf in bestimmten Regionen bejagbar zu machen, ist richtig – kommt aber um Jahre zu spät in der politischen Auseinandersetzung.“ Bereits vergangene Woche haben LH Anton Mattl und LHStv. Josef Geisler angekündigt, das Kärntner Modell nach Tirol zu übertragen. Eine langjährige Bauernbund-Forderung, die nun endlich zur Umsetzung kommt. Der klare politische Auftrag zur gesetzlichen Umsetzung liegt bereits bei den Experten und Juristen.

Der Tiroler Weg ist klar: Ein funktionierender Entnahmemechanismus über Abschussverordnungen ist etabliert, künftig soll zusätzlich auf gesetzlicher Ebene der rechtssichere Weg beschritten werden – insbesondere nachdem NGOs derzeit versuchen, über Anzeigen und die Aarhus-Konvention Schlupflöcher gegen den Verordnungsweg zu nutzen.



Die Großdemo 2021

Foto: Zeitungsfoto.at

hochgeladen von [Michael Kendlbacher](#)

Bereits 2014 wurden Herdenschutzmaßnahmen erprobt, mit ernüchternden Ergebnissen. Ab 2016 folgten internationale Tagungen, Kundgebungen und massive Öffentlichkeitsarbeit. Der Verein „Alm ohne Wolf“ wurde 2020 mit Sozialpartnern und dem Gemeindeverband gegründet. Ein Rechtsgutachten 2021 durch Univ.-Prof. Roland Norer bildete eine wichtige Grundlage für die rechtliche Auseinandersetzung. Mit der vom Tiroler Bauernbund organisierten Großdemo 2021 am Landhausplatz wurde ein spürbarer Umschwung in der Debatte eingeläutet. „Unser Einsatz war hartnäckig und erfolgreich“, so Raggl. „Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig hat 2022/23 auf EU-Ebene entscheidend zur Senkung des Schutzstatus beigetragen – unterstützt von 16 Mitgliedsstaaten. Der Bauernbund war in dieser Forderung federführend.“ 2023 wurde mit den neuen Abschussverordnungen, die dem hartnäckigen Einsatz von Bauernbundobmann LHStv. Josef Geisler zu verdanken sind, ein Meilenstein gesetzt: Die aufwändigen Verfahren mit DNA-Nachweis und NGO-Einspruch sind passé, sämtliche Tiroler Almen wurden als „nicht schützenswürdig“ ausgewiesen. Im Juli 2023 erfolgte der erste Abschuss auf Basis dieser Verordnung – ein klares Signal.

Unwetter zogen über Tirol hinweg

Eine heftige Gewitterfront sorgte gestern für 100 Einsätze in Tirol. Auf der Pillbergstraße fiel ein Baum auf ein fahrendes Auto, der Lenker blieb unverletzt.



Am Pillberg sorgte der heftige Wind für umgestürzte Bäume. Ein Wohnhaus wurde beschädigt, ein Pkw unter einem Baum begraben. Foto: zoom.tirol



Die Feuerwehr war in Fügen im Dauereinsatz. Laut Bürgermeister Dominik Mainusch gab es zum Glück aber nur Sachschäden. Foto: zoom.tirol



In Fügen sorgte Hagel in der Größe von Tischtennisbällen für einen enormen Schaden an Häuserfassaden und Fahrzeugen. Foto: zoom.tirol

Von Michael Mader

Fügen, Pill – Am Donnerstagnachmittag zog eine Gewitterfront mit Hagelkörnern, Platzregen und Sturm vom Oberland über Innsbruck bis ins Unterland. In Rum kam ein 56-jähriger Motorradfahrer im Starkregen beim Spurwechsel auf den Straßenbahnschienen zu Sturz und verletzte sich schwer. „Die Bezirke Schwaz und Kitzbühel hat es wohl am härtesten getroffen“, sagt der Schichtleiter der Leitstelle. Alleine in Kitzbühel gab es 40 Einsätze.

Im Zillertal wurden durch Hagel Gebäude und Fahrzeuge beschädigt. Auf Videos waren massive Hagelschauer zu sehen. In Fügen verwandelten sich Straßen in reißende Bäche. Bürgermeister Dominik Mainusch ist froh, dass es nur Sachschäden gibt: „Es war zwar heftig, aber auf den Videos schaut es wilder aus, als es in Wirklichkeit war. Trotzdem waren die Feuerwehren sehr gefordert.“

Zum Glück sei das Gewitter in Fügen nur von kurzer Dauer gewesen. „Der Hagel erreichte Tischtennisballgröße und hat vor allem Häuserfassaden und Autos beschädigt“, berichtet Mainusch. Auch einige Keller mussten ausgepumpt werden.

In Pill stürzten durch das Unwetter mehrere Bäume um, einer davon landete auf einem Hausdach. „Ein Baum fiel auf der Pillbergstraße auf ein fahrendes Auto. Der Lenker blieb zum Glück unverletzt“, sagte Polizei-Pressesprecher Stefan Eder. Die Straße musste daraufhin gesperrt werden. Bis 16.30 Uhr wurden in Tirol 97 Feuerwehreinsätze gezählt.



Nacktradler bei der Demo in London. In Innsbruck gehen die Uhren anders. Foto: imago/Seiya Tanase

Ein Hoserl muss bei Demo schon sein

Erstmals wollen Radfahrer in Innsbruck nackt demonstrieren. Was rechtliche Fragen aufwirft.

Innsbruck – Naked Bike Ride, auf gut Tirolerisch nackt Rad fahren: So lautet die Bezeichnung einer Kundgebung, die am Freitagabend in Innsbruck für Staunen, Beustigung und vielleicht auch Kopfschütteln sorgen könnte. Eine Premiere übrigens – „der Naked Bike Ride findet zum ersten Mal in Innsbruck statt“, erklärt der Organisator. Das mit der Premiere gilt aber nur für Tirol: Allein im Juni radelten nackte Demonstranten etwa durch Wien, London, Lyon und Mexico City.

Was nach Spaß und Provokation klingt, hat einen ernsten Hintergrund: „Die Nacktheit soll nicht provozieren, sondern darauf aufmerksam machen, worum es wirklich geht: um die Verletzlichkeit von Radfahrern im Straßenverkehr“, sagt der Veranstalter.

Treffpunkt ist am Freitag um 18 Uhr der Kreisverkehr bei der Olympia-World. „Wir rechnen mit etwa 100 bis 150 Teilnehmern“, meint der Organisator. Geplant ist eine Tour durch die Innsbrucker Innenstadt.

Die Demo wurde bei der Polizei angemeldet. Anders als in London sind der Nacktheit beim Innsbrucker Naked Bike Ride Grenzen gesetzt. Pudelnackt ist verboten, ein Hoserl muss sein. „Wir haben mit der Polizei vereinbart, dass die primären Geschlechtsmerkmale bedeckt sein müssen“, verrät der Organisator. Oben ohne sei hingegen erlaubt – auch für Frauen, meint der Veranstalter. Dazu war es notwendig, den Zweck der Veranstaltung bei der Polizei-Anmeldung abzuändern. „Im ersten Anlauf ging es nur um die Sicher-

heit für Radfahrer“, so der Veranstalter: „Wir erhielten dann die Auskunft, dass das so nicht geht, Frauen müssen auch am Oberkörper bekleidet sein.“ In der Folge „haben wir den Antrag durch ein zweites Anliegen ergänzt“. Und das lautet Gleichbehandlung für Männer und Frauen, auch in Bezug auf das Entblößen des Oberkörpers. „Dann wurde die Kundgebung genehmigt.“

Was offenbar nicht heißt, dass entblößte Frauenbrüste bei der Raddemo polizeilich toleriert werden. Gert Hofmann von der Landespolizeidirektion will sich in dieser Frage nicht festlegen: „Das ist eine komplexe Materie, mit der wir uns erst beschäftigen müssen. Wenn eine Teilnehmerin mit freiem Oberkörper auftritt, ist das im Einzelfall zu prüfen.“ (tom)

Mehr Wolfs-Abschüsse gefordert

Opposition will Jagdgesetz-Novelle zum Abschuss von Wölfen beschleunigen. VP winkt ab.

Innsbruck – Im Sommer 2026 soll die von der Landesregierung angepeilte Novelle des Tiroler Jagdgesetzes greifen. Dann, so Landeshauptmann Anton Mattle (VP), könnte man einen Wolf bereits schießen, wenn dieser „nur um eine Alm schleicht“.

Der Opposition geht das nicht schnell genug. Liste Fritz, FPÖ und NEOS forderten gestern bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Landwirtschafts-Lobbyist Stefan Brugger (Weidezone Tirol) eine schnellere Umsetzung der Pläne. „Die Novelle kommt viel zu spät. Auch heuer sind die Böden der Tiroler Almen bereits mit Blut getränkt“, so FPÖ-Klubobmann Markus Abwerzger. Allein in den vergangenen 19 Tagen wurden 114 Risse von Nutztieren dokumentiert. Die Bestätigung dafür steht noch



Die Klubchefs und -chefinnen Birgit Obermüller (NEOS), Markus Sint (Liste Fritz), Markus Abwerzger (FPÖ) und Stefan Brugger vom Verein Weidezone Tirol (v.l.) wollen Wölfe nach Kärntner Vorbild schießen. Foto: Liste Fritz

aus, das Land lässt derzeit DNA-Proben auswerten.

Vereint will die Opposition nun im Juli-Landtag einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag einbringen. Bei der VP sieht man darin wenig Sinn. Die Jagdgesetz-Novelle

würde wegen der erforderlichen Begutachtungsfristen frühestens im Herbst greifen. Dann ist der Almsommer allerdings zu Ende.

Es brauche rechtssichere Lösungen, keine Schnellschüsse, reagierte Andreas

Kirchmair, VP-Tirol-Sprecher für den ländlichen Raum, per Presseaussendung. Umweltschutzorganisationen versuchen dies mit Anzeigen zu verhindern, Kirchmair: „Beim Thema Wolf heißt es Tirol gegen NGOs.“ (TT, jazz)

Vertippt und den Falschen bedroht

Innsbruck – In Handy-Kontakten verschiedene Personen unter gleichem Namen abzuspeichern, kann gefährlich sein. Dies offenbarte gestern am Landesgericht ein Prozess um schwere Nötigung.

Was war passiert? Im März wollte ein Innsbrucker einen langjährigen Schuldner kontaktieren, um die Rückzahlung von 15.000 Euro einzufordern, die er dem Bekannten einst für ein Investment anvertraut wurde. Aus der Veranlagung wurde nichts. Das war vor fünf Jahren. Seither fordert der 48-Jährige sein Geld zurück. So wählte er wieder einmal „Otto“ entnervt am Handy an. Als dieser abhob und fragte, wer denn am Telefon sei, antwortete der 48-Jährige: „Der, der dir bald sämtliche Knochen bricht und drei deiner Finger abschneidet, wenn du

nicht bald das Geld zurückzahlst!“ Der Bedrohte war geschockt und erstattete Anzeige. Der Verunsicherte wusste nämlich gar nicht, worum es ging. Auflösung: Der 48-Jährige hatte schlicht den falschen Otto in den Handy-Kontakten angetippt.

Im Prozess beteuerte er, dies alles so auch nicht gesagt zu haben, vielmehr dass er Leute kenne, die mit einem solchen Schuldner so verfahren würden. Otto (er kennt den Angeklagten gar nicht persönlich) wiederholte als Zeuge jedoch den Wortlaut der Drohung aufs Wort und ergänzte, dass der 48-Jährige noch angefügt hatte, was er für Leute kennen würde. Über den bereits Vorbestraften ergingen rechtskräftig vier Monate bedingte Haft und 1800 Euro Geldstrafe. (fell)



Foto: Liste Fritz

Birgit Obermüller (Neos), Markus Sint (Liste Fritz), Markus Abwerzger (FPÖ) und Weidezone-Obmann Stefan Brugger (v. li.) fordern ein rascheres Handeln.

Opposition fordert mehr Tempo beim Thema Wolf

Angesichts der drastisch zunehmenden Risse fordern FPÖ, Liste Fritz & Neos mittels Antrag die Änderung des Almschutzgesetzes

Die schwarz-rote Tiroler Landesregierung hat vergangene Woche eine Verschärfung in der Wolfs-Frage angekündigt. Die Abschüsse sollen neu geregelt werden – mit einem neuen Jagdgesetz sollen Wölfe, die ein Risiko darstellen, schon vor einem Vorfall geschossen werden können. Doch erst ab 2026 – weil es für Gesetzesnovellen eine Begutachtungsfrist von acht Wochen gibt und das neue Gesetz folglich erst in der Almsaison 2026 greifen kann und wird.

Vorbild Kärnten – Gesetz ohne Begutachtungsfrist

Das will die Opposition nicht gelten lassen. FPÖ, Liste Fritz und Neos gaben deswegen gestern zusammen mit Stefan Brugger von der Weidezone Tirol eine Pressekonferenz am „Maxnhof“ in Innsbruck-Arzl, wo auch die Landesregierung ihre Wolf-Pläne

präsentierte. Sie fordern im Juli-Landtag mittels Dringlichkeitsantrag die sofortige Änderung des Gesetzes ein. Als Vorbild nannten die drei Oppositionspolitiker das Bundesland Kärnten, das seit vergangenem Jahr so vorgeht. Nachdem das Gesetz dort bereits eine Begutachtungsfrist durchlaufen habe, solle man in Tirol darauf verzichten. „Es muss wie in Kärnten eine Möglichkeit geben, Wölfe zu entnehmen, bevor sie ein Blutbad anrichten. Der Wolf ist schon längst nicht mehr vom Aussterben bedroht – aber der Tiroler Almbauer, wenn es so weitergeht. Die Alm darf nicht zu einem Buffet für herumstreunende Wölfe werden“, sagt FPÖ-Obmann Markus Abwerzger.

„Es wird auch mit dieser Lösung weiterhin Risse geben“, so Markus Sint von der Liste Fritz, „aber die Situation hat sich zuletzt ver-

schärft – wir müssen nun rasch handeln!“ Birgit Obermüller (Neos) macht sich auch Sorgen um den Tourismus: „Die Bilder von gerissenen Schafen gehen online um die Welt – wollen wir diese Bilder wirklich haben?“ Die Almen würden für die Tiroler Tourismuswirtschaft einen großen Nutzen bringen, ungepflegte Almen würden darüber hinaus viel schneller zur Rutschbahn für Lawinen.

114 tote Schafe in den letzten 19 Tagen in Tirol

Stefan Brugger betonte indes, dass die Situation so schlimm wie nie sei: „Allein in den vergangenen 19 Tagen hat es 114 tote Schafe gegeben. Der Sommer ist aus. Daher ist der nunmehrige Antrag der Opposition kein Antrag des Mordens, Gemetzels oder des Ausrotzens – sondern viel mehr ein Schutzantrag für unsere Heimat!“ Markus Gassler

Mehr Wolfs-Abschüsse gefordert

Opposition will Jagdgesetz-Novelle zum Abschuss von Wölfen beschleunigen. VP winkt ab.

Innsbruck – Im Sommer 2026 soll die von der Landesregierung angepeilte Novelle des Tiroler Jagdgesetzes greifen. Dann, so Landeshauptmann Anton Mattle (VP), könnte man einen Wolf bereits schießen, wenn dieser „nur um eine Alm schleicht“.

Der Opposition geht das nicht schnell genug. Liste Fritz, FPÖ und NEOS forderten gestern bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Landwirtschafts-Lobbyist Stefan Brugger (Weidezone Tirol) eine schnellere Umsetzung der Pläne. „Die Novelle kommt viel zu spät. Auch heuer sind die Böden der Tiroler Almen bereits mit Blut getränkt“, so FPÖ-Klubobmann Markus Abwerzger. Allein in den vergangenen 19 Tagen wurden 114 Risse von Nutztieren dokumentiert. Die Bestätigung dafür steht noch



Die Klubchefs und -chefinnen Birgit Obermüller (NEOS), Markus Sint (Liste Fritz), Markus Abwerzger (FPÖ) und Stefan Brugger vom Verein Weidezone Tirol (v.l.) wollen Wölfe nach Kärntner Vorbild schießen. Foto: Liste Fritz

aus, das Land lässt derzeit DNA-Proben auswerten.

Vereint will die Opposition nun im Juli-Landtag einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag einbringen. Bei der VP sieht man darin wenig Sinn. Die Jagdgesetz-Novelle

würde wegen der erforderlichen Begutachtungsfristen frühestens im Herbst greifen. Dann ist der Almsommer allerdings zu Ende.

Es brauche rechtssichere Lösungen, keine Schnellschüsse, reagierte Andreas

Kirchmair, VP-Tirol-Sprecher für den ländlichen Raum, per Presseaussendung. Umweltschutzorganisationen versuchen dies mit Anzeigen zu verhindern, Kirchmair: „Beim Thema Wolf heißt es Tirol gegen NGOs.“ (TT, jazz)

Transparenz als politische Baustelle

Neue Rechenschaftspflicht über Verwendung der Parteiförderung fand in Innsbruck klare Mehrheit. Zugleich setzte es heftige Kritik.

Von Michael Domanig

Innsbruck – Die ganz breite Mehrheit, auf die JA, Grüne und SPÖ gehofft hatten, gab's am Ende nicht: Im Innsbrucker Gemeinderat stimmten gestern außer der Dreierkoalition „nur“ Neues Innsbruck und ALI der Einführung einer Rechenschaftspflicht über die Verwendung der städtischen Parteienförderung zu. Der Rest der Opposition (FPÖ, KPÖ, Liste Fritz) lehnte den Punkt ab. Eine Resolution, mit der Land und Bund zu Gesetzesänderungen aufgefordert werden, um weitreichendere Transparenzregeln auf Stadtebene zu ermöglichen, wurde gegen die Stimmen von FPÖ und Liste Fritz beschlossen.

„Die Dreierkoalition ist gefordert, bei den Compliance-Richtlinien endlich ins Tun zu kommen.“

Christine Oppitz-Plörer (Gemeinderätin, „Neues Innsbruck“)

Über das grundsätzliche Ziel – mehr Transparenz rund um Parteienfinanzierung – scheint durchaus Einigkeit zu bestehen, die Sinnhaftigkeit der nun konkret beschlossenen Maßnahmen wurde aber sehr kontrovers diskutiert.

Wie berichtet, müssen die Gemeinderatsparteien ab 2026 – immer bis zum 30. Juni des Folgejahres – in einem öffentlich einsehbaren Rechenschaftsbericht nachweisen, wofür sie die Parteienförderung ausgegeben haben. Erfolgt dies nicht rechtzeitig, wird die Ausschüttung der Förderung ausgesetzt. Laut Benjamin Plach (SPÖ) ein erster Schritt, um „Licht ins Dunkel der Innsbrucker Parteienfinanzen bringen“.

Für Parteien gemäß Parteiengesetz bestehen solche Rechenschaftspflichten schon bisher. Die Innsbrucker Regelung umfasst nun auch Listen, die als Vereine organisiert sind, wie JA, Neues Innsbruck und ALI. Man wolle hier „Vorbild für andere Gemeinden sein“, so Julia Payr (JA).

Für weitergehende Schritte – verpflichtende Wahlkampfkostenobergrenze, Kontrollmöglichkeiten auch auf der Einnahmenseite der Parteien (Spenden, Sponsorings etc.) – fehlen der Stadtpolitik aktuell die rechtlichen Möglichkeiten, wiederholte Dejan Lukovic (Grüne). Daher eben die ergänzende Resolution.

Compliance-Regeln gefordert

Christine Oppitz-Plörer (Neues Innsbruck) sieht hingegen ein „Ablenkmanöver“. Natürlich unterstütze man Transparenzinitiativen, aber letztlich werde jetzt nur beschlossen, „dass man Buchungszeilen in einer Excel-Liste vorlegen muss“. Bei in Aussicht gestellten Compliance-Richtlinien sei die Dreierkoalition hingegen weiter stümig. Für das Neue Innsbruck stellt sich zum Beispiel die Frage, „wie die Amtsführenden mit städtischen Mitarbeitern umgehen, die für deren personenbezogene Social-Media-Kanäle inhaltliche Beiträge liefern“.

Andrea Dengg (FPÖ) ortet in Sachen Compliance-Regeln „komplett konträre“ Vorstellungen zwischen der Liste JA von Bürgermeister Anzengruber sowie Rot und Grün.

Kritik an Stichtagsregelung

Andrea Haselwanter-Schneider (Liste Fritz) wiederum stößt sich besonders an der – aus ihrer Sicht willkürlich gewählten – Stichtagsregelung mit 30. Juni: Politische Parteien wie die ihre müssen ja schon bisher jährliche Berichte an den Bundesrechnungshof abgeben – da lautet die Frist aber Ende September. Und im Gegensatz zur neuen städtischen Regelung ist dabei verpflichtend ein Wirtschaftsprüfer beizuziehen.

Ähnliche Kritik kam von Gregor Sanders (KPÖ): Ohne Rechnungslegung samt Belegnachweis brächten die neuen Rechenschaftsberichte kein Mehr an Transparenz.

Mesut Onay (ALI) erklärte, dass seine Liste über die Parteienförderung hinaus bereits „freiwillig alle Einnahmen und Ausgaben offenlegt“.



FPÖ, KPÖ und Liste Fritz stimmten gegen den Antrag.



Teamkollegen und Rivalen: Zwischen Joshua Pearce (Damson Idris) und Sonny Hayes (Brad Pitt) knallt es immer wieder.

Foto: imago/Landmark Media

Im Rennstall rumort es

„F1“ ist ein Star- und Action-gespicktes Formel-1-Abenteuer über das zwischenmenschliche Miteinander und die Kalamitäten des Sports.

Innsbruck, Wien – Auf einmal sind keine Motorengeräusche mehr zu hören. Der schwarz-goldene Formel-1-Rennwagen rast fast schwebend über den Yas Marina Circuit von Abu Dhabi. Am Steuer sitzt Sonny Hayes, gespielt vom mittlerweile 61-jährigen Brad Pitt. Sein Alter, das man dem Hollywood-Star wahrlich nicht ansieht, spielt im neuen Film von Joseph Kosinski und Jerry Bruckheimer („Top Gun: Maverick“) eine nicht unwesentliche Rolle. Pitt gibt in „F1“ einen angejahrten Rennfahrer, der als Mentor für den Rookie Joshua Pearce (Damson Idris) zurück in den Ring – oder besser gesagt ins Cockpit – steigt. Zwei Egos treffen aufeinander, unweigerlich kommt es zum zwischenmenschlichen Eklat.



Der Film vermittelt echte Renn-Atmosphäre.

Foto: Warner

Fahrstunden für Brad Pitt

Dass Giftduelle im Umfeld von Lewis Hamilton an der Tagesordnung sind, kann man sich denken. Für „F1“ versorgte der 40-jährige Rekordweltmeister der Formel 1 Kosinski und Bruckheimer jedoch nicht – oder zumindest nicht offiziell – mit Gossip aus dem Rennstall, sondern gab der Crew während des Drehs nützliche Tipps zur realistischen Umsetzung von Rennen per se – etwa, indem er auf einer Strecke in Los Angeles mit

Pitt das Fahren übte. Die Mitwirkung Hamiltons am Film ist nur eine Besonderheit, mit der „F1“ aufwarten kann.

Neben dem „Billion Dollar Man“ war auch die Formel-1-Organisation hinter den Sportlern von Anfang an als Partner am Dreh beteiligt. Gedreht wurde bei realen Rennen, das fiktive Team rund um Hayes und Pearce begab sich mit echten Rennwagen auf die Rennbahn. Dass beim Kinopublikum dann wirklich unverfälschtes

Formel-1-Feeling aufkommt, ist schließlich einer guten Mischung aus authentischen Schauplätzen, hervorragendem Cast und fundiertem Wissen zu verdanken. „F1“ hat sie beide: Actiongaranten und Schauspielgiganten.

Ruhe vor dem großen Knall

Dabei beginnt es mit Meeresrauschen und Wellen, fast schon meditativ und überraschend still. Schnitt. Rennaction. Die gelbe Nase eines Formel-1-Wagens der 90er-

Jahre. Neben einem McLaren, unverkennbar der rot-weiße Look in Anlehnung an den damaligen Sponsor, einen Tabakhersteller. Wieder Wellen, wieder Meeresrauschen. Dann Leitplanken. Der Unfall, der Sonny Hayes' vielversprechende Karriere zwischen Ayrton Senna und Alain Prost jäh stoppt.

Es klopft. 30 Jahre sind vergangen. Hayes tingelt im Van mit Duftbaum durch die Lande, bis eines Tages im Waschlalon Ruben Cervantes auftaucht. Der wird gespielt von Oscarpreisträger Javier Bardem und sieht in Hayes den Retter des chronisch schwächelnden Apex-Rennstalls. Es ist die Geschichte eines Rennfahrers, der zum Gelegenheitspiloten wird.

„F1“ ist nicht einfach ein (weiterer) starbesetzter Film über megalomane Rennfahrer – „Rush“ und „Le Mans 66“ sind da noch gut im Kurzzeitgedächtnis abgespeichert. Vielmehr erzählt der Film eine emotionale Geschichte, die von Demut und Kollegialität handelt. Um das zu erkennen, muss man als Kinobesucher keine Extrarunden im Lexikon der Formel 1 drehen. (TT, APA)

„F1“ ist seit dieser Woche in den Kinos zu sehen.

LH mit Fragen zu Theater überhäuft

Vier Landtagsparteien verlangen von Regierungschef Mattle Klarheit über Kosten und Nutzen der Mediation am Landestheater.

Von Markus Schramek

Innsbruck – Der sommerliche Lesestoff wird LH Anton Mattle (ÖVP) so schnell nicht ausgehen. Auch wenn es sich eher nicht um Lektüre handelt, nach der sich der Regierungschef verzehrt. Die Opposition im Landtag deckt Mattle als Kulturreferenten des Landes in der Juli-Sitzung mit schriftlichen Anfragen ein. Mattle muss sich zum Thema Tiroler Landestheater (TLT) erklären. Genauer gesagt, zum Stand des dortigen Mediationsverfahrens.

Der LH und der Innsbrucker Bürgermeister Johannes Anzengruber (Liste JA) hatten im Herbst 2024 in größter Not die Grazer Unternehmensberatung ICG ans Theater geholt. Es galt, zwischen dem zerstrittenen Führungsduo, Intendantin Irene Girkinginger und dem kaufmännischen Direktor Markus Lutz, zu vermitteln. Im März schlossen die beiden, die sich über den wirtschaftlich-künstlerischen Kurs des Theaters in die Haare geraten waren, öffentlichkeitswirksam Frieden.

Wie in der gestrigen TT berichtet, bleibt die ICG aber noch bis Jahresende am Theater tätig, „um das Haus für die zukünftigen Herausforderungen vorzubereiten“.

200.000 Euro und mehr?

Die Kosten für diese Dienste sollen sich auf mittlerweile 200.000 Euro belaufen (zu berappen im Verhältnis 55:45 von Land und Stadt). Weder Mattle noch das Theater machten darüber aber bisher nähere Angaben. Das lässt die vier oppositionellen Parteien im Landtag schäumen. Die Folge: Liste Fritz, NEOS, Grüne und FPÖ decken den Lan-

deshauptmann mit schriftlichen Anfragen ein.

FP-Kultursprecherin Evelyn Achhorer wirft die Frage auf, was das Mediationsverfahren „bisher wirklich bewirkt hat“. Vorerst hätten sich nur Girkinginger und Lutz „ihre gut bezahlten Jobs gerettet“. Es gehe aber auch um Zufriedenheit der MitarbeiterInnen und des Publikums.

Dass eine Theaterbesucherin nach einer Vorstellung im Großen Haus über Flohstiche klagte, sieht Achhorer „als symptomatisch für den Zustand des Unternehmens“. Bei umgehend durchgeführten Kontrollen konnte im Landestheater allerdings kein Flohbefall festgestellt werden.

Zahlen offenlegen

Markus Sint, der Klubobmann der Liste Fritz, pocht darauf, dass LH Mattle mitteilt, „wie viel die externe Beratung bisher gekostet hat und wie viel sie noch kosten wird“. Dabei werde sich zeigen, „ob die Spielregeln des Vergabegesetzes tatsächlich eingehalten worden sind“. Sint: „Es kann auch nicht sein, dass ein bestelltes und hochbezahltes Manager-Duo laufende Beratung durch eine externe Firma braucht.“

Auch NEOS-Abgeordnete Susanna Riedlsperger und Gebi Mair, der Klubchef der Grünen, fühlen Mattle auf den Zahn. „Jedes private Unternehmen legt im Voraus einen Höchstbetrag für externe Beratung fest“, sagt Riedlsperger. „Gilt das für das Land nicht?“ Der Grüne Mair ortet im Landestheater „eine Beratung im Abo auf Kosten der Steuerzahler“. Beide Mandatäre kündigen Anfragen an Mattle an. Viel Schreibarbeit für ihn im Sommer.



LH Anton Mattle (mit Intendantin Irene Girkinginger) muss sich in Sachen Tiroler Landestheater dem Landtag erklären.

Foto: Axel Springer

SCHUHE, DIE DRÜCKEN? NICHT BEI UNS!

JA ZU TIROL!

TOP BERATUNG!

GROSSE AUSWAHL AN BERG- UND WANDERSCHUHEN!

www.erler-wattens.at

Weniger Geld für Bregenz

Bregenz – Die Subventionen für die Bregenzer Festspiele für die Jahre 2025 und 2026 werden um 30 Prozent gekürzt. Das bedeutet für die Festspiele ein Minus von 2,1 Millionen Euro pro Jahr, teilten Festspielpräsident Hans-Peter Metzler und der Bregenzer Bürgermeister Michael Ritsch (SPÖ) nach der Kuratoriumssitzung mit. Die Festspiele können einen Teil davon selbst über Rücklagen abfangen, das Programm für 2025 bleibt unberührt. Eine Kooperation mit dem Burgtheater wird allerdings verschoben. (APA)

„Wörgler Badl“ vorgestellt

Mit Spannung erwartet und von großem Medieninteresse begleitet war die Pressekonferenz der Stadtgemeinde Wörgl am 24. Juni 2025 zum geplanten Neubau des Schwimmbades. Wörgl soll nun „ein kleines Regionalbad fürs Tiroler Unterland bekommen“, wie Bürgermeister Michael Riedhart mitteilte. Für das neue „Wörgler Badl“ am Scheiberfeld auf einer Fläche von 17.000 Quadratmetern werden Kosten von 20 Millionen Euro veranschlagt.

Der Wörgler Bäderbeirat, in dem alle Fraktionen außer der Liste Wir für Wörgl – Roland Ponholzer mitwirken, habe sich auf das vorliegende Projekt „Wörgler Badl“ geeinigt, so Riedhart. Nachdem Wörgl den Bau eines Regionalbades aufgrund zu geringer Landesförderung abgelehnt hat, sei das Land „proaktiv auf uns zugekommen und hat uns eine 55 %ige Förderung für den Bau eines ganzjährigen Schwimmbades fürs Tiroler Unterland in Aussicht gestellt“, so Riedhart. Dass es jetzt etwas kleiner ausfällt als ursprünglich geplant spiegle sich auch im Namen wieder: „Wörgler Badl“.

Das nun vorliegende Projekt sei Ergebnis der 14tägigen Treffen des Wörgler Bäderbeirates, dem Ersatzgemeinderat Andreas Schmidt von der Liste Hedi Wechner vorsteht. „Unsere Schwerpunkte liegen auf einem kleinen Regionalbad mit Schulschwimmen und einer Saunalandschaft mit Indoor-Becken“, erklärte Schmidt. „Dieses Projekt wurde fraktionsübergreifend entwickelt“, ergänzte sein Stellvertreter GR Christopher Lentsch, der feststellte, dass „die Fraktion von Roland Ponholzer die angebotene Mitarbeit im Bäderbeirat abgelehnt hat. Als wichtigster Aspekt stand der Kostenfaktor im Vordergrund, wir können uns da nicht übernehmen.“

Wie nun das geplante neue Schwimmbad im Detail aussehen soll, präsentierte Dipl.-Ing. Juri Nindl, Stadtbaumeister und Geschäftsführer der Wörgler Schwimmbad GmbH: „Wir gehen von einer Kapazität von gleichzeitig 800 bis 1.000 Personen und einer Tageskapazität von 1.600 bis 2.000 Besucher aus. Im Freiluftbereich entsteht ein Sportbecken mit 5 x 25 Meter-Bahnen, ein Nichtschwimmerbecken mit 300 Quadratmetern, ein Kinderbecken mit 150 Quadratmetern und optional ist ein Sprungbecken mit 100 Quadratmetern und einem 5 Meter-Turm vorgesehen. Die Liegefläche umfasst 8.000 Quadratmeter mit Bäumen, Wiese und Rückzugsorten. 500 Quadratmeter sind für sportliche Aktivitäten wie Beachvolleyball und Tischtennis vorgesehen, 250 Quadratmeter für einen Spielplatz und 240 Quadratmeter für einen Terrassen-Kiosk mit 150 Sitzplätzen.“

Der Freibereich ist im östlichen Bereich angesiedelt. Im westlich davon errichteten Hochbau soll ein Indoor 25-Meter-Becken mit 5 Bahnen entstehen, das „dual“ genutzt werden soll, wie Bürgermeister Riedhart erläutert: „Vormittags fürs Schul- und Vereinsschwimmen, ab 14 Uhr ausschließlich für die Saunagäste, für die im Haus eine 2.000 Quadratmeter große Saunalandschaft errichtet wird. Mit dem Saunabetrieb wollen wir eine Abgangsdeckung erzielen.“ Die Saunalandschaft sei auch ein attraktives Ganzjahresziel für den Tourismus.

Das neue Schwimmbad wird über die Federer-Straße erschlossen, von der auch zu den rund 40 ebenerdigen Parkplätzen fürs Badl zugefahren wird. Vom rund 21.000 Quadratmeter großen Scheiberfeld werden 17.000 fürs Schwimmbadareal verwendet. Auf dem restlichen westlichen Areal wie auch am benachbarten kleineren, ebenfalls von der Stadt bereits im Baurechtsweg für 99 Jahre angepachteten Feld soll sozialer Wohnbau entstehen. Um die Lärmbelastung durch den Freibadbetrieb zu reduzieren, wird der Schwimmbad-Hochbau mit dem Hallenbecken zwischen Wohnbereich und Freibereich situiert. Zur Verkehrserschließung wird zudem rund um das Schwimmbad ein Radweg angelegt. Das Freibad soll zudem so konzipiert werden, dass die Grünfläche für die Bevölkerung ganzjährig nutzbar ist.

Der weitere Zeitplan sieht nun vor, dass heuer nach Abschluss der Konzepterstellung im Sommer noch mit archäologischen Untersuchungen begonnen wird und im Winter die Ausschreibung erfolgt. Mit dem Abschluss laufender Behördenverfahren rechnet man 2026, auch mit dem Baubeginn und einer Bauphase von 20 Monaten. Archäologische Voruntersuchungen haben bereits stattgefunden und haben ergeben, wo eventuell Funde zu erwarten sind. Grabungen sollten dann im Frühjahr 2026 abgeschlossen werden.

„Die Kostenschätzung liegt für den Neubau bei 20 Millionen Euro“, teilte Stadtwerke-Geschäftsführer Dr. Klaus Kandler mit. Weshalb die Kosten jetzt nicht mehr wie ursprünglich fürs Regionalbad bei 40 bis 50 Millionen Euro liegen, erklärte Bgm. Riedhart: „Das Projekt wurde verkleinert.“

Um die Landesförderung in Anspruch nehmen zu können, sind noch viele Gespräche und Abklärungen notwendig. „In den nächsten Wochen werde ich Gespräche mit den Umlandgemeinden und den Tourismusverbänden über Beteiligungen führen. Wir erhalten dabei Unterstützung von LA Sebastian Kolland und auf Landesebene auch von der Liste Fritz und der FPÖ“, erklärte Riedhart.

Eine Schwimmbad-Eröffnung gäbe es dann bestenfalls 2027 – wobei hier die Vorhersage mit Vorsicht getroffen wird angesichts noch anstehender Behördenwege und bestehender Nachbarschaftsrechte.

T



A

Juni

Mai

April

März

Febr.

Janu.

Deze.

Nov.

Okto.

Sept.

Aug.

Juli 2

Juni

Mai

April

März

Febr.

Janu.

Deze.

Nov.

Okto.

Nov.

Zwischen ESC-Countdown und Verkehrs-Striptease

Die samstägige Stippvisite der Innsbrucker Song-Contest-Delegation nach Basel mit Bürgermeister **Johannes Anzengruber** (JA) an der Spitze soll aufschlussreiche Einblicke in die Organisation des Mega-Events geboten haben. Das ist jedenfalls aus den Reihen der Teilnehmer zu hören. Wie berichtet, will sich Innsbruck beim ORF um die Austragung des ESC 2026 bewerben. Die Frist läuft mit 4. Juli ab. Einen Tag vorher dürfte Innsbruck wohl auf Knöpfchen drücken – die Unterlagen müssen digital

abgegeben werden. Wer mit im Rennen ist, bleibt vorerst unklar. Wien ist gesetzt. Ob Graz auf den ESC-Bewerbungszug aufspringt, soll sich am Freitag entscheiden, heißt es. Tourismuslandesrat **Mario Gerber** (VP) rührte am Mittwoch jedenfalls noch einmal die Werbetrommel: „Der Song Contest hat das Potenzial, Innsbruck und Tirol als moderne, weltoffene Region auf der internationalen Bühne zu präsentieren und sich als Tourismus- und Wirtschaftsturbo für viele Jahre zu erweisen.“ Gerber verwies dabei erneut auf ei-

ne Wertschöpfungsstudie der Wirtschaftskammer, die *TT* berichtete.

Bereits abgeschickt hat **Florian Riedl** (VP), Vorsitzender des Verkehrsaus-

schusses im Landtag, nunmehr die zwei Schreiben an die Chefetagen der Asfinag bzw. der italienischen A22-Brennerautobahn. Nach dem pfingstlichen Stau-Chaos durch die temporäre Einspurigkeit im Grenztunnel auf Südtiroler Seite sollen beide erklären, wieso die Abstimmung der Infrastrukturbetreiber nicht funktioniert hat.

Zurückgetreten ist nun der Bozner Gemeinderat **Diego Salvadori** (Fratelli d'Italia). Dieser empörte durch ein Goebbels-Zitat im Zusammenhang mit der Regenbogenfahne.

Als „Fehler im System“ betitelt LA **Markus Sint** (Liste Fritz) es, wenn die Gemeindeschulden Tirols auch deswegen ansteigen, weil die Kommunen immer mehr Aufgaben zu erfüllen haben, jedoch gleichzeitig von Land und Bund immer weniger Geld bekommen: „Mit kosmetischen Eingriffen und ein paar Unterstützungspaketen ist es nicht mehr getan.“ Was es brauche, seien echte Strukturreformen und eine Entflechtung der Zuständigkeiten – etwa bei Kinderbetreuung und Gesundheit, so Sint. (*mami, APA*)



Das Stauchaos zu Pfingsten hat jetzt ein Nachspiel.

Foto: Böhm

LH mit Fragen zu Theater überhäuft

Vier Landtagsparteien verlangen von Regierungschef Mattle Klarheit über Kosten und Nutzen der Mediation am Landestheater.

Von Markus Schramek

Innsbruck – Der sommerliche Lesestoff wird LH Anton Mattle (ÖVP) so schnell nicht ausgehen. Auch wenn es sich eher nicht um Lektüre handelt, nach der sich der Regierungschef verzehrt. Die Opposition im Landtag deckt Mattle als Kulturreferenten des Landes in der Juli-Sitzung mit schriftlichen Anfragen ein. Mattle muss sich zum Thema Tiroler Landestheater (TLT) erklären. Genauer gesagt, zum Stand des dortigen Mediationsverfahrens.

Der LH und der Innsbrucker Bürgermeister Johannes Anzengruber (Liste JA) hatten im Herbst 2024 in größter Not die Grazer Unternehmensberatung ICG ans Theater geholt. Es galt, zwischen dem zerstrittenen Führungsduo, Intendantin Irene Girkinginger und dem kaufmännischen Direktor Markus Lutz, zu vermitteln. Im März schlossen die beiden, die sich über den wirtschaftlich-künstlerischen Kurs des Theaters in die Haare geraten waren, öffentlichkeitswirksam Frieden.

Wie in der gestrigen *TT* berichtet, bleibt die ICG aber noch bis Jahresende am Theater tätig, „um das Haus für die zukünftigen Herausforderungen vorzubereiten“.

200.000 Euro und mehr?

Die Kosten für diese Dienste sollen sich auf mittlerweile 200.000 Euro belaufen (zu berappen im Verhältnis 55:45 von Land und Stadt). Weder Mattle noch das Theater machten darüber aber bisher nähere Angaben. Das lässt die vier oppositionellen Parteien im Landtag schäumen. Die Folge: Liste Fritz, NEOS, Grüne und FPÖ decken den Lan-

deshauptmann mit schriftlichen Anfragen ein.

FP-Kultursprecherin Evelyn Achhorner wirft die Frage auf, was das Mediationsverfahren „bisher wirklich bewirkt hat“. Vorerst hätten sich nur Girkinginger und Lutz „ihre gut bezahlten Jobs gerettet“. Es gehe aber auch um Zufriedenheit der MitarbeiterInnen und des Publikums.

Dass eine Theaterbesucherin nach einer Vorstellung im Großen Haus über Flohstiche klagte, sieht Achhorner „als symptomatisch für den Zustand des Unternehmens“. Bei umgehend durchgeführten Kontrollen konnte im Landestheater allerdings kein Flohbefall festgestellt werden.

Zahlen offenlegen

Markus Sint, der Klubobmann der Liste Fritz, pocht darauf, dass LH Mattle mitteilt, „wie viel die externe Beratung bisher gekostet hat und wie viel sie noch kosten wird“. Dabei werde sich zeigen, „ob die Spielregeln des Vergabegesetzes tatsächlich eingehalten worden sind“. Sint: „Es kann auch nicht sein, dass ein bestelltes und hochbezahltes Manager-Duo laufende Beratung durch eine externe Firma braucht.“

Auch NEOS-Abgeordnete Susanna Riedlsperger und Gebi Mair, der Klubchef der Grünen, fühlen Mattle auf den Zahn. „Jedes private Unternehmen legt im Voraus einen Höchstbetrag für externe Beratung fest“, sagt Riedlsperger. „Gilt das für das Land nicht?“ Der Grüne Mair ortet im Landestheater „eine Beratung im Abo auf Kosten der Steuerzahler“. Beide Mandatäre kündigen Anfragen an Mattle an. Viel Schreibarbeit für ihn im Sommer.



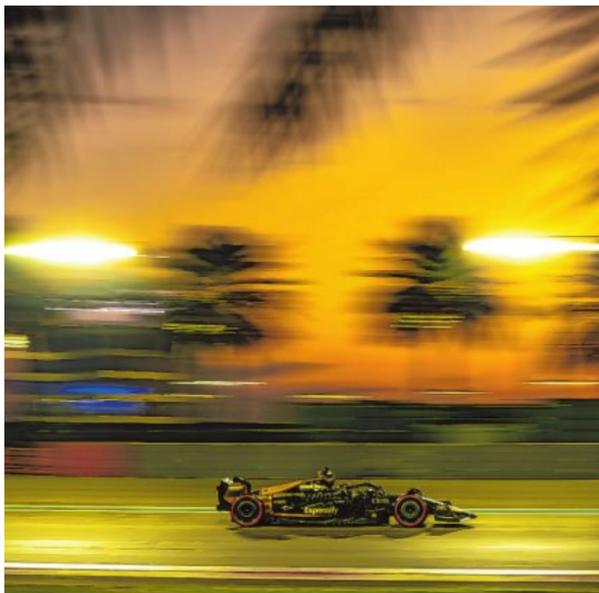
Teamkollegen und Rivalen: Zwischen Joshua Pearce (Damson Idris) und Sonny Hayes (Brad Pitt) knallt es immer wieder.

Foto: imago/Landmark Media

Im Rennstall rumort es

„F1“ ist ein Star- und Action-gespicktes Formel-1-Abenteuer über das zwischenmenschliche Miteinander und die Kalamitäten des Sports.

Innsbruck, Wien – Auf einmal sind keine Motorengeräusche mehr zu hören. Der schwarz-goldene Formel-1-Rennwagen rast fast schwebend über den Yas Marina Circuit von Abu Dhabi. Am Steuer sitzt Sonny Hayes, gespielt vom mittlerweile 61-jährigen Brad Pitt. Sein Alter, das man dem Hollywood-Star wahrlich nicht ansieht, spielt im neuen Film von Joseph Kosinski und Jerry Bruckheimer („Top Gun: Maverick“) eine nicht unwesentliche Rolle. Pitt gibt in „F1“ einen angejahrten Rennfahrer, der als Mentor für den Rookie Joshua Pearce (Damson Idris) zurück in den Ring – oder besser gesagt ins Cockpit – steigt. Zwei Egos treffen aufeinander, unweigerlich kommt es zum zwischenmenschlichen Eklat.



Der Film vermittelt echte Renn-Atmosphäre.

Foto: Warner

Fahrstunden für Brad Pitt

Dass Giftduelle im Umfeld von Lewis Hamilton an der Tagesordnung sind, kann man sich denken. Für „F1“ versorgte der 40-jährige Rekordweltmeister der Formel 1 Kosinski und Bruckheimer jedoch nicht – oder zumindest nicht offiziell – mit Gossip aus dem Rennstall, sondern gab der Crew während des Drehs nützliche Tipps zur realistischen Umsetzung von Rennen per se – etwa, indem er auf einer Strecke in Los Angeles mit

Pitt das Fahren übte. Die Mitwirkung Hamiltons am Film ist nur eine Besonderheit, mit der „F1“ aufwarten kann.

Neben dem „Billion Dollar Man“ war auch die Formel-1-Organisation hinter den Sportlern von Anfang an als Partner am Dreh beteiligt. Gedreht wurde bei realen Rennen, das fiktive Team rund um Hayes und Pearce begab sich mit echten Rennwagen auf die Rennbahn. Dass beim Kinopublikum dann wirklich unverfälschtes

Formel-1-Feeling aufkommt, ist schließlich einer guten Mischung aus authentischen Schauplätzen, hervorragendem Cast und fundiertem Wissen zu verdanken. „F1“ hat sie beide: Actiongaranten und Schauspielgiganten.

Ruhe vor dem großen Knall

Dabei beginnt es mit Meeresrauschen und Wellen, fast schon meditativ und überraschend still. Schnitt. Rennaction. Die gelbe Nase eines Formel-1-Wagens der 90er-

Jahre. Neben einem McLaren, unverkennbar der rot-weiße Look in Anlehnung an den damaligen Sponsor, einen Tabakhersteller. Wieder Wellen, wieder Meeresrauschen. Dann Leitplanken. Der Unfall, der Sonny Hayes' vielversprechende Karriere zwischen Ayrton Senna und Alain Prost jäh stoppt.

Es klopft. 30 Jahre sind vergangen. Hayes tingelt im Van mit Duftbaum durch die Lande, bis eines Tages im Waschsalon Ruben Cervantes auftaucht. Der wird gespielt von Oscarpreisträger Javier Bardem und sieht in Hayes den Retter des chronisch schwächelnden Apex-Rennstalls. Es ist die Geschichte eines Rennfahrers, der zum Gelegenheitspiloten wird.

„F1“ ist nicht einfach ein (weiterer) starbesetzter Film über megalomane Rennfahrer – „Rush“ und „Le Mans 66“ sind da noch gut im Kurzzeitgedächtnis abgespeichert. Vielmehr erzählt der Film eine emotionale Geschichte, die von Demut und Kollegialität handelt. Um das zu erkennen, muss man als Kinobesucher keine Extrarunden im Lexikon der Formel 1 drehen. (TT, APA)

„F1“ ist seit dieser Woche in den Kinos zu sehen.

LH mit Fragen zu Theater überhäuft

Vier Landtagsparteien verlangen von Regierungschef Mattle Klarheit über Kosten und Nutzen der Mediation am Landestheater.

Von Markus Schramek

Innsbruck – Der sommerliche Lesestoff wird LH Anton Mattle (ÖVP) so schnell nicht ausgehen. Auch wenn es sich eher nicht um Lektüre handelt, nach der sich der Regierungschef verzehrt. Die Opposition im Landtag deckt Mattle als Kulturreferenten des Landes in der Juli-Sitzung mit schriftlichen Anfragen ein. Mattle muss sich zum Thema Tiroler Landestheater (TLT) erklären. Genauer gesagt, zum Stand des dortigen Mediationsverfahrens.

Der LH und der Innsbrucker Bürgermeister Johannes Anzengruber (Liste JA) hatten im Herbst 2024 in größter Not die Grazer Unternehmensberatung ICG ans Theater geholt. Es galt, zwischen dem zerstrittenen Führungsduo, Intendantin Irene Girkinginger und dem kaufmännischen Direktor Markus Lutz, zu vermitteln. Im März schlossen die beiden, die sich über den wirtschaftlich-künstlerischen Kurs des Theaters in die Haare geraten waren, öffentlichkeitswirksam Frieden.

Wie in der gestrigen TT berichtet, bleibt die ICG aber noch bis Jahresende am Theater tätig, „um das Haus für die zukünftigen Herausforderungen vorzubereiten“.

200.000 Euro und mehr?

Die Kosten für diese Dienste sollen sich auf mittlerweile 200.000 Euro belaufen (zu berappen im Verhältnis 55:45 von Land und Stadt). Weder Mattle noch das Theater machten darüber aber bisher nähere Angaben. Das lässt die vier oppositionellen Parteien im Landtag schäumen. Die Folge: Liste Fritz, NEOS, Grüne und FPÖ decken den Lan-

deshauptmann mit schriftlichen Anfragen ein.

FP-Kultursprecherin Evelyn Achhorer wirft die Frage auf, was das Mediationsverfahren „bisher wirklich bewirkt hat“. Vorerst hätten sich nur Girkinginger und Lutz „ihre gut bezahlten Jobs gerettet“. Es gehe aber auch um Zufriedenheit der MitarbeiterInnen und des Publikums.

Dass eine Theaterbesucherin nach einer Vorstellung im Großen Haus über Flohstiche klagte, sieht Achhorer „als symptomatisch für den Zustand des Unternehmens“. Bei umgehend durchgeführten Kontrollen konnte im Landestheater allerdings kein Flohbefall festgestellt werden.

Zahlen offenlegen

Markus Sint, der Klubobmann der Liste Fritz, pocht darauf, dass LH Mattle mitteilt, „wie viel die externe Beratung bisher gekostet hat und wie viel sie noch kosten wird“. Dabei werde sich zeigen, „ob die Spielregeln des Vergabegesetzes tatsächlich eingehalten worden sind“. Sint: „Es kann auch nicht sein, dass ein bestelltes und hochbezahltes Manager-Duo laufende Beratung durch eine externe Firma braucht.“

Auch NEOS-Abgeordnete Susanna Riedlsperger und Gebi Mair, der Klubchef der Grünen, fühlen Mattle auf den Zahn. „Jedes private Unternehmen legt im Voraus einen Höchstbetrag für externe Beratung fest“, sagt Riedlsperger. „Gilt das für das Land nicht?“ Der Grüne Mair ortet im Landestheater „eine Beratung im Abo auf Kosten der Steuerzahler“. Beide Mandatäre kündigen Anfragen an Mattle an. Viel Schreibarbeit für ihn im Sommer.



LH Anton Mattle (mit Intendantin Irene Girkinginger) muss sich in Sachen Tiroler Landestheater dem Landtag erklären.

Foto: Axel Springer

SCHUHE, DIE DRÜCKEN? NICHT BEI UNS!

JA ZU TIROL!
EINE INITIATIVE ZUR STÄRKUNG DER TIROLER WIRTSCHAFT

TOP BERATUNG!
GROSSE AUSWAHL AN BERG- UND WANDERSCHUHEN!

erler
www.erler-wattens.at

adidas, NIKE, SALOMON, HOKA, SPORT 2000

Weniger Geld für Bregenz

Bregenz – Die Subventionen für die Bregenzer Festspiele für die Jahre 2025 und 2026 werden um 30 Prozent gekürzt. Das bedeutet für die Festspiele ein Minus von 2,1 Millionen Euro pro Jahr, teilten Festspielpräsident Hans-Peter Metzler und der Bregenzer Bürgermeister Michael Ritsch (SPÖ) nach der Kuratoriumssitzung mit. Die Festspiele können einen Teil davon selbst über Rücklagen abfangen, das Programm für 2025 bleibt unberührt. Eine Kooperation mit dem Burgtheater wird allerdings verschoben. (APA)



Diskussion auf Augenhöhe: Claudia Schönegger (Raumplanung), Lukas Krösslhuber (TVB Wilder Kaiser), Bgm. Alexander Hochfilzer, Julia Steiner (Stimme für Going), Moderatorin Sarah Untner, Martin Zeppezauer (Zukunft Astberg) und Bergbahn-GF Johannes Winkler (von links).
Foto: Margret Klausner

ABO PUR | **Going** | von Margret Klausner | 25. Juni 2025 | aktualisiert: 23.06.25, 17:24 Uhr

Goinger diskutierten auf Augenhöhe

Teilen

Am Sonntag (29. Juni) ist es so weit – im Rahmen einer Volksbefragung stimmen die Goinger über das in unmittelbarer Nähe der Astbergbahn geplante Hotelprojekt ab.

Im Vorfeld haben sich, wie berichtet, zum einen mit der „Stimme für Going“ die Gegner, zum anderen mit dem „Team Zukunft Astberg“ die Befürworter positioniert.

Dieser Tage kamen bei einer Informationsveranstaltung im vollbesetzten Sportsaal alle Parteien zu Wort – auf sachlicher Ebene wurde das Projekt vorgestellt, die anschließende Fragerunde ging professionell über die Bühne. Auf dem Podium informierten – moderiert von Sarah Untner – der Geschäftsführer der Bergbahn, Johannes Winkler, Bürgermeister Alexander Hochfilzer sowie Raumordnerin Claudia Schönegger über das Projekt. Lukas Krösslhuber, Geschäftsführer des Tourismusverband Wilder Kaiser, stellte klar, dass der Tourismusverband keine Parteienstellung habe, es aber ein Positionspapier, in dem sich die Touristiker für das Projekt aussprechen, gebe.

Johannes Winkler klärte über den letzten Stand auf. „Es gibt bisher nur eine Projektstudie“, betonte er. Die Bergbahn habe mehrere Standorte für den Bau eines Hotels geprüft. Eine Alternative wäre der Parkplatz neben der Astbergbahn gewesen, dieser sei aber zu nahe an der Liftrasse. Gespräche mit dem Land habe es auch betreffend eines anderen Feldes gegeben.

Tiny-Haus-Projekt abgelehnt

Dieses habe das Land abgelehnt, auch die Idee eines Tiny-Haus-Projektes wurde fallengelassen. Mit dem jetzt anvisierten Projekt sprachen die Verantwortlichen ebenfalls bereits beim Land vor. Es habe ein „vorsichtiges Ja“ gegeben, so Winkler. Geplant sind auf der rund 1,2 Hektar großen Grundfläche eine Hotel in Holzbauweise, aufgeteilt auf mehrere Gebäude. 144 Gästezimmer sowie Mitarbeiterwohnungen sollen darin Platz finden. Pool, Restaurant und Tiefgarage kommen noch hinzu. Das Investitionsvolumen liegt bei rund 30 Millionen Euro. Wie Winkler betonte gebe es mit der „Tirol Lodge“ in Ellmau ein Referenzprojekt. Die Nächtigungen stiegen dadurch um fünf bis sechs Prozent an, so Winkler.

Er machte keinen Hehl daraus, dass die Zukunft der Astbergbahn vom Projekt abhängt. Seit 2020 fährt sie keine positiven Zahlen mehr ein. Die Bergbahn, so Winkler, schieße jedes Jahr rund 650.000 Euro zu. Allein im Jahr 2024 sei eine Million Euro für die Bahn ausgegeben worden. Klar stellte er auch, dass die Konzession für die Ast-

bergbahn in der Saison 2031/32 ausläuft. Eine kostenintensive Revision ist notwendig. Bereits im Jahr 2028 würde die Konzession auch für den Hausberglift auslaufen, hier gebe es eine Übergangsfrist bis 2030, informierte er. Fakt sei, dass es ohne Hotel keine weiteren Investitionen getätigt werden, auch Pistenverbesserungen – Stichwort Pistenverbindung Ellmau - Going – gebe es nicht. Fest stehe aber, „dass wir morgen sicher nicht den Schlüssel umdrehen werden.“ Winkler wies im Übrigen auch darauf hin, dass 95 Prozent der Bergbahn in der Hand heimischer Anteilseigner sind und ein Investorenmodell sicher nicht in Frage komme.

Immer klar für das Hotel hat sich Goings Bürgermeister Alexander Hochfilzer ausgesprochen: „Wir befassen uns schon länger mit der finanziell schwierigen Lage der Astbergbahn. Anfang des Jahres haben wir einen Konsens mit dem Grundeigentümer (Anm.: jener Landwirt, dem die für das Hotel vorgesehenen Flächen gehören) gefunden.“ Wie Hochfilzer betonte „gibt es noch keine Beschlüsse im Gemeinderat.“ Am Ende des Tages sei es ein Behördenverfahren. Der Bürgermeister spricht von fünf Verfahrensschritten. Darüber informierte Raumplanerin Claudia Schöneberger.

Für die Gegner des Projektes sprach Julia Steiner, für die Befürworter Martin Zeppezauer. Für die Gegner ist das Projekt unter anderem überdimensioniert. Verkehr, Lärm und Stress ortet Steiner ebenfalls. Zeppezauer argumentierte unter anderem mit dem Bettenschwund der letzten Jahre. Auch eine neue Gästeschicht würde mit dem Hotel angesprochen. Die Fragen aus dem Publikum wurden ausführlich beantwortet. Langwierige Stellungnahmen – im Publikum saßen etwa LA Markus Sint (Liste Fritz) und Bauernkammerobmann Josef Fuchs – wurden kurz und bündig abgehandelt. Am Sonntag, 29. Juni, können die Goinger von 7 bis 13 Uhr im Gemeindeamt ihr Votum abgeben. Wie auch immer die Befragung ausgeht – bindend ist das Ergebnis nicht. Die Entscheidung liegt beim Gemeinderat. Lukas Krösslhuber brachte es auf den Punkt: „Wie auch immer es ausgeht - ich hoffe, wir können uns danach noch in die Augen schauen.“

Liste Fritz lässt nicht locker

„Zweigleisiger Bahnausbau im Tiroler Oberland – einbinden statt drüberfahren“

Die Diskussion um den zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke im Tiroler Oberland sorgt weiterhin für Unruhe. In mehreren betroffenen Gemeinden regt sich zunehmender Widerstand gegen die aktuelle Planung der ÖBB. Die Liste Fritz positioniert sich klar an der Seite der Bürgerinnen und Bürger sowie der Gemeindevertreter und sichert ihnen volle politische Unterstützung zu.

Von Christoph Hablitzel

Die Liste Fritz kritisiert erneut das Vorgehen der ÖBB beim geplanten zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke im Tiroler Oberland scharf. Aus Sicht der Partei werden Bürgerinnen und Bürger und Bürgermeister systematisch übergangen, während die ÖBB rein auf Kosteneffizienz setzt. „Die ÖBB spielen ein falsches Spiel auf dem Rücken der betroffenen Bevölkerung. Sie ignorieren die Bürgerinnen und Bürger und Bürgermeister und suchen die für sie billigste Trasse statt der verträglichsten Trasse. Das ist kein Einbin-

den der Betroffenen, sondern ein beinhartes Drüberfahren. Für uns als Liste Fritz ist das ein Affront gegenüber allen Beteiligten. Wir stellen uns an die Seite der Bürgerinnen und Bürger und Bürgermeister, weil wir für einen vernünftigen zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke sind – nicht für eine ‚Billigstdorfervariante‘ zu Lasten und zum Schaden der Bevölkerung. Da besteht dringender Handlungsbedarf – seitens der ÖBB und der schwarz-roten Landesregierung“, so Klubobmann Markus Sint. Trotz mehrfacher Gesprächswünsche der Bürgermeister habe es laut Liste Fritz keine ernst-

haften Gespräche gegeben. Dabei sei die Einbindung aller Betroffenen im Landtag einstimmig beschlossen worden. „Wenn man die Menschen mitnimmt, können große und wichtige Infrastrukturprojekte gelingen. Geht es mit der ÖBB-Ignoranz auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger, Betriebe und unseres Lebens- und Naturraums so weiter, wird das Großprojekt scheitern.“

DIE LISTE FRITZ FORDERT DIE LANDESREGIERUNG ZUM HANDELN AUF. „Die schwarz-rote Landesregierung muss sicherstellen, dass die ÖBB die Bürgerinnen und



Dringender Handlungsbedarf für die ÖBB und die schwarz-rote Landesregierung besteht für Markus Sint in Sachen zweigleisigen Bahnausbau. Foto: Liste Fritz

Bürger, Bürgermeister sowie das Land Tirol einbindet. Die günstigste Trassenvariante für die ÖBB ist nicht automatisch die beste für die Bevölkerung. Ich warne davor, dass der zweigleisige Bahnausbau im Oberland so scheitern wird!“

GOING. In Going fand am 17. Juni ein Informationsabend zur geplanten Errichtung eines Großhotels in der Gemeinde statt (Bericht nebenstehend).

Nun hat sich die Bürgerinitiative „Stimme für Going“ unter der Führung von Günther Hartl in einem offenen Brief an den Landesrat für Tourismus, Wirtschaft und Digitalisierung, Mario Gerber, gewendet und ihn gebeten, im Sinn der Nachhaltigkeit zu handeln: „Mit zunehmender Besorgnis beobachten wir als Bürgerinitiative, wie Tirol sich immer weiter von den Prinzipien des viel beschworenen Tiroler Weges entfernt. Sie selbst betonen in einer Aussendung von Tirol Heute, dass Nachhaltigkeit nicht nur aus Ökologie besteht. Doch was wir erleben, ist eine Praxis, die keinem der drei Pfeiler gerecht wird. Während in offiziellen Broschüren von „Klasse statt Masse“ die Rede ist, wird in der Realität weiter gewidmet, verbaut und expandiert. Und das, obwohl die Tourismusstrategie ein Maximum von 300.000 Betten in Tirol vorsieht und wir bereits bei über 340.000 liegen. Neue Hotelprojekte wie jenes in Going werden forciert, als gäbe es keine Grenzen mehr. Ein nachhaltiger Weg sieht anders aus. Er erkennt ökologische Vorsorgeflächen als Lebensgrundlage an, nicht als Renditefläche. Er schützt gewachsene Dörfer vor Überlastung statt sie in Verkehr, Preisdruck und Konkurrenz zu treiben. Und er hat den Mut, unbequeme Entscheidungen zu treffen, auch wenn Investoren laut trommeln.“

Dass Sie nun ausgerechnet in einer Phase, in der Bodenverbrauch und Klimawärmung dramatische Auswirkungen zeigen, auf Nachhaltigkeitssbeauftragte als „Strategieersatz“ verweisen, während landwirtschaftliche Flächen für private Hotelräume geopfert werden, ist aus unserer Sicht politisch fahrlässig. Sie sind nicht nur Landesrat für Tourismus, Sie tragen Verantwortung für ganz Tirol. Für Menschen, die hier leben. Für Familien, die in ihrer Heimat nicht an Investoreninteressen scheitern wollen. Für kommende Generationen, die auf unsere Entscheidungen bauen.“

Günther Hartl, Sprecher der Bürgerinitiative „Bürger für Going“, Going

Von der Redaktion bearbeitet und gekürzt.

Hotelprojekt wurde diskutiert

Infoabend im Goinger Dorfsaal bot Gelegenheit zum Meinungsaustausch

VON ROSWITHA WÖRGÖTTER

GOING. Der Dorfsaal war gut gefüllt, als Sarah Untner, Soziologin und Mediatorin den Anwesenden die Frage über ihr Abstimmungsverhalten am 29. Juni stellte. Ende Juni können die Goinger Bürger abstimmen, ob die Gemeinde der Umwidmung einer landwirtschaftlichen Vorsorgefläche (113 ha) in Sonderfläche Beherbergungsgroßbetrieb (144 Gästezimmer, Wohnungen für 20 bis 25 Mitarbeiter) zustimmen soll oder nicht (Mein Bezirk berichtete mehrfach).

„Wir stehen am Anfang“

Begleitet von Untner kamen Befürworter und Gegner zu Wort. Die Debatte wurde sachlich, informativ und professionell geführt. Rede und Antwort standen Johannes Winkler, Geschäftsführer der Bergbahnen Wilder Kaiser GmbH (Projekträger/Hotelbetreiber), Bürgermeister Alexander Hochfilzer und TVB-Geschäftsführer Lukas Krösshuber. Gemeinsam verwiesen sie auf die Vorteile des neuen touristischen Angebots, mit dem der Astberglift in Going abgesichert und dessen Infrastruktur modernisiert werden soll.

Claudia Schönegger, beratende Raumplanerin der Gemeinde Going, betonte: „Im Falle einer positiven Volksbefragung muss das Projekt detailliert und rechtskonform ausgearbeitet und die Behördenverfahren (Land, BH, Gemeinde) abgehandelt werden – der Weg bis zur Umsetzung ist noch lange. Sicher ist, es wird nur so viel gewidmet wie notwendig. Im Falle eines Aushangs der Pläne kann die Bevölkerung Stellungnahmen abgeben, von denen alle behandelt werden müssen.“

Pro und Contra

Mit Martin Zepezauer vom Team „Zukunft Astberg“ und Julia Steiner von der Bürgerinitiative „Stimme für Going“ standen sich Befürworter und Gegner gegenüber. Zepezauer: „Für das Hotelprojekt spricht die Notwen-



Sachliche Diskussion im Dorfsaal in Going. Foto: Wörgötter

digkeit, den Skibetrieb Astberg zu erhalten (wir riskieren die Schließung des Skigebiets), die positiven Aspekte für die heimische Wirtschaft (Bau, Betrieb, Arbeitsplätze) und für die Bevölkerung (Arbeit, Skiclub, Kinder lernen Skifahren). Dazu versichert Winkler: „Ein großer Teil des Umsatzes bleibt in Going, er ist die Basis für die Wirtschaftlichkeit der Bergbahnen ohne Subventionen und jährlichen Abgängen.“

Für Julia Steiner sprechen fünf Punkte gegen das Projekt: „1. Die landwirtschaftliche Vorsorgefläche sollte, wenn, für Wohnraum umgewidmet werden. 2. Es ist für Going ein überdimensionales Projekt. 3. Es schafft mehr Verkehr (Gäste, Zulieferer) und damit ein Sicherheitsproblem. 4. In Going gibt es kein Bettendefizit, es gibt viele andere Vermieter in den Hotels. Wir brauchen einen nachhaltigen Qualitätstourismus. 5. Auch wir wollen den Astberglift erhalten, es muss an Lösungen gearbeitet werden – wie ein verbessertes Zeitkartensystem oder eine attraktive eigene Going Karte (ev. Ausstieg aus dem Kartenverbund).“

Dem entgegenetzte der Bergbahngeschäftsführer: „Ein Ausstieg aus dem regions- und landesweiten Kartenverbund ist nicht möglich.“

„Kein Investorenprojekt“

Fragen eines Bürgers und Markus Sint (Liste Fritz): „Ist die Bergbahn gewillt, in den Lift zu investieren, ist ein Erhalt des Liftes auch in zehn Jahren garantiert?“ Darauf antwortete Winkler: „Unsere Eigentumsverhältnisse (95,18 %

heimische Vertreter) sprechen für sich, es ist kein ausländisches Investorenprojekt. Wir wollen den Lift weiter betreiben.“ Dazu ein Befürworter: „Sind wir doch froh, dass ein renommierter heimischer Betrieb wie die Bergbahnen Ellmau, in Going investieren will und es kein leeres Projekt eines Konzerns ist.“

Defizitäre Astberg KG

Zur Beanstandung der schlechten Pistenverbindungen zwischen Going und Ellmau sowie dem Vorschlag, dass die Astberg KG selbst das Hotel bauen könnte, erklärte der Bergbahner: „Zum Auslaufen der Konzession des Astbergliftes 2028 gibt es eine Übergangslösung bis 2030, dann muss eine kostenintensive Revision vorgenommen werden. Fakt ist: Ohne Hotel wird es definitiv keine Investitionen und angedachte notwendige Verbesserungen geben. Und wie sollte die defizitäre Astberg KG (Abgang 2024: 221.000 Euro) einen 28 bis 30 Mio. Euro teuren Hotelbau stemmen? Wäre die geplante, an einer Person gescheiterte Fusionierung der beiden Gesellschaften (Ellmau und Going) zustande gekommen, wären wir heute nicht hier.“

Nicht bindende Grundlage

Bürgermeister Hochfilzer zu den Bedenken der Anrainer: „Ja, in der Marchstraße gibt es unabhängig vom Hotel Handlungsbedarf für einen gesicherten Gehweg oder Gehsteig, und bezüglich Belastungen während der Bauphase sollte ein Verkehrskonzept für Verträglichkeit sorgen.“ Zur Frage, wie verbindlich der Ausgang der Volksbefragung ist, betonte der Bürgermeister: „Ich als Befürworter des Projektes halte mich daran, aber letztlich liegt die Entscheidung beim Gemeinderat, dem möchte ich nicht vorgreifen. Ich hoffe auf eine rege Beteiligung und appelliere: Beide Meinungen zu akzeptieren und ich bitte um respektvollen Umgang auch in den Tagen vor der Volksbefragung.“

ONLINE TOP
INFORMIERT!

MeinBezirk



Die Osttirol Invest beteiligte sich mit sechs Millionen Euro an Mautgeldern aus der Felbertauernstraße an den Schultzt-Bergbahnen in Kals

SCHMIDT,
BLASSING

Debatte über Steuergeld und Geheimhaltung

350.170 Euro kostete Rechtsstreit zwischen OIG und Schultzt-Gruppe, mit Steuergeld bezahlt. Liste Fritz legt Anfragebeantwortungen offen. Landesregierung hält Abtretungspreis geheim.

Die Affäre rund um die Beteiligung der Osttirol Invest Gesellschaft (OIG) an den Kaiser Bergbahnen der Schultzt Gruppe nimmt kein Ende. Mit dem nun endgültig abgeschlossenen Gerichtsverfahren flammte die Debatte über Transparenz und Steuergeldverwendung neu auf – befeuert durch die aktuelle Presseausendung der Liste Fritz. Klubobmann Markus Sint stellt klar: „Diese Geheimhaltung ist nicht zu akzeptieren.“

Neu ist dabei vor allem das Zahlenmaterial: Rund 350.000 Euro an Kosten hat die Auseinandersetzung laut aktueller

Anfragebeantwortung von Landesrat Mario Gerber (ÖVP) bisher verursacht – allein für Gutachten, rechtliche Beratung und Verfahrensführung. Was die Causa zusätzlich brisant macht: Die tatsächliche Höhe des Abtretungspreises, den der Schultzt-Konzern nach jahrelangem Streit an die öffentliche Gesellschaft zurückzahlt, bleibt unter Verschluss.

Bereits im Mai berichtete die Kleine Zeitung über das Stillschweigen im Fall OIG gegen Schultzt. Während der damalige Geschäftsführer Karl Poppeller die Causa als „erledigt“ bezeich-

nete und sich zur Höhe der Zahlung nicht äußerte, war von Seiten des Landes Tirol keinerlei Auskunft zu erhalten. Nun bestätigt die offizielle Anfragebeantwortung des Landes: Über die Summe wurde Vertraulichkeit vereinbart. Der Schultzt-Konzern teilte der Kleinen Zeitung ebenfalls mit, „dass es einen gerichtlichen Vergleich gibt, der für beide Parteien Stillschweigen voraussetzt“.

Für die Liste Fritz ist das ein politischer Skandal. Sint vermutet: „Das Beharren auf Verschwiegenheit und Geheimhaltung lässt mutmaßen, dass der Schultzt-Konzern wenig zurückzahlen muss.“ In der ursprünglichen Bewertung war ein Abtretungspreis von 57 Millionen Euro veranschlagt worden. Der Schultzt-Konzern hingegen überweies beim Ausstieg 2018 zu nächst nur 34.055 Euro – umgerechnet einen Euro pro Anteil. Der Verdacht auf eine de facto versteckte Förderung stand bereits damals im Raum.

Markus Sint spart in seiner aktuellen Aussendung nicht mit scharfer Kritik an der Lan-



Liste-Fritz-Klubobmann
Markus Sint

desregierung: „Ein niedriger, Schultzt-freundlicher Abtretungspreis ist schlecht für die Steuerzahler, für Osttirol und die Glaubwürdigkeit der Landesregierung. Nur wenn ich schlecht verhandelt habe, muss ich das Ergebnis geheim halten.“

Die OIG, finanziert aus den Einnahmen der Felbertauernmaut, sollte eigentlich die wirtschaftliche Entwicklung im Bezirk fördern. Nun steht im Raum, dass ein großer Teil der sechs Millionen Euro Beteiligung nicht zurückfließt – während 350.000 Euro zusätzlich an Rechts- und Verfahrenskosten verbrannt wurden.

„Für die Beteiligung der OIG an der Kaiser Bergbahn haben Landesregierung und OIG offensichtlich einen miserablen Vertrag aufgesetzt. So konnte der Schultzt-Konzern beim Ausstieg den Abtretungspreis nachverhandeln“, stellt Sint klar. Und weiter: „OIG und Landesregierung haben diesen Bock geschossen, jetzt braucht es Transparenz statt Geheimhaltung, denn es geht um Steuergeld, nicht um ihr privates Geld.“